

SCHÜLLERMANN

SWS Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Eigenbetrieb für Gebäude- und Umwelt- management des Landkreises Darmstadt-Dieburg

.....

Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2017 und des
Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017

.....

Inhaltsverzeichnis

A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	3
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	3
II. Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen	5
C. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses	6
I. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	6
1. Ertragslage des Betriebszweiges Umweltmanagement	11
2. Ertragslage des Betriebszweiges Gebäudemanagement	15
II. Vermögens- und Finanzlage – Gesamt	19
D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	23
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	26
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	26
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	26
2. Jahresabschluss	26
3. Lagebericht	27
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	28
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	28
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	28
3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	28
F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages	29
I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	29
II. Feststellungen zur Einführung eines Risikofrüherkennungssystems	29
G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkungen	30

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Bilanz zum 31. Dezember 2017
- Anlage 2: Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017
- Anlage 3: Anhang
- Anlage 4: Lagebericht 2017
- Anlage 5: Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- Anlage 6: Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017
- Anlage 7: Rechtliche und steuerliche Verhältnisse
- Anlage 8: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

0640/18
DAD/See
1011558

Hinweis: Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

A. Prüfungsauftrag

Die Betriebsleitung des

Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg

– im Folgenden auch kurz "Da-Di-Werk" oder "Eigenbetrieb" genannt – hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 des Eigenbetriebes nach berufsüblichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag lag der Beschluss des Kreistages des Landkreises Darmstadt-Dieburg vom 11. Dezember 2017 zugrunde, mit welchem wir zum Abschlussprüfer gewählt wurden (§ 318 Abs. 1 Satz 1 HGB). Wir haben den Auftrag schriftlich bestätigt.

Der Eigenbetrieb unterliegt nach § 27 Abs. 2 EigBGes der Prüfungspflicht gemäß §§ 316 ff. HGB.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten.

Darüber hinaus wurden wir von den gesetzlichen Vertretern beauftragt, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und hierüber zu berichten; wegen Einzelheiten siehe auch Abschnitt F. und Anlage 8 des Berichtes.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter sowie die Darstellung wichtiger Veränderungen bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen des Eigenbetriebes.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C, D. und E. im Einzelnen dargestellt. Die Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages haben wir in Abschnitt F. dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt G. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3), sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigefügt.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in der Anlage 7 tabellarisch dargestellt. Der Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG ist als Anlage 8 beigefügt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Die Betriebsleitung hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3), insbesondere im Anhang, die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebes unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes:

- Aufgabenschwerpunkt in 2017 war die Fortführung des umfangreichen Schulbau- und Schulsanierungsprogramms des Landkreises Darmstadt-Dieburg.
- Ein Kommunaldarlehen in Höhe von TEUR 25.714 wurde am 10. April 2017 zu einem Zinssatz von 0,12 % mit einer zweijährigen Zinsbindung bei der Sparkasse Darmstadt aufgenommen. Des Weiteren wurde ein Ifo-B Darlehen in Höhe von TEUR 1.636 aufgenommen.
- Beim Betriebszweig Gebäudemanagement stiegen die Umsatzerlöse um rund 2 % auf TEUR 44.324. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer Erhöhung der Erstattung des Landkreises.
- Der Betriebszweig Umweltmanagement unterliegt aufgrund des Satzungszweckes nur geringen konjunkturellen Einflüssen und wirtschaftlichen Schwankungen.
- Die Anzahl der Mitarbeiter beim Betriebszweig Gebäudemanagement lag 2017 bei 273 und ist höher als im Vorjahr (265). Die Personalaufwendungen bei Betriebszweig Gebäudemanagement stiegen derweil um rund 6 % auf TEUR 10.646. Beim Betriebszweig Umweltmanagement ist die Anzahl der Mitarbeiter mit 62 identisch zum Vorjahr.
- Für investive Maßnahmen beim Betriebszweig Gebäudemanagement sind rund TEUR 23.600 verausgabt worden.

Zukünftige Entwicklung, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung:

- Für den Betriebszweig Gebäudemanagement bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken, da größtenteils hoheitliche Aufgaben übernommen werden. Die Ausgaben für das Gebäudemanagement an den landkreiseigenen Schulen werden vom Landkreis über die Schulumlage auf Basis einer Kostenerstattungsvereinbarung finanziert.
- Das Da-Di-Werk ist bei allen baulichen Maßnahmen den allgemeinen Risiken der Bauwirtschaft ausgesetzt. Aufgrund teilweise mehrjähriger Laufzeiten von Baumaßnahmen besteht das Risiko von Preissteigerungen, dessen Ausmaß in der Projektplanungsphase ebenso nicht quantifizierbar ist, wie durch notwendige Nachtragsvergaben, steigende Gesamtkosten und der damit entstehenden Budgetüberschreitungen.
- Für den Betriebszweig Umweltmanagement bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken, da größtenteils hoheitliche Aufgaben übernommen werden. Der Betriebszweig Umweltmanagement ist in das Vertragsgeflecht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft eingebunden und hat von daher Anspruch auf den Ausgleich von Kosten aus dem Müllgebührenhaushalt des Zweckverbandes Abfallwirtschaft.
- Der Betriebskommission als zuständigem Kontrollgremium wird monatlich Bericht über den aktuellen Stand aller Projekte erstattet.

Die vorstehend angeführten Hervorhebungen werden in Abschnitt C. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Eigenbetriebes gefährdet wäre, auch da die Kostenerstattung durch den Landkreis im Betriebszweig Gebäudemanagement dies sicherstellt.

II. Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen

Wesentliche Veränderungen bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen sind im Berichtsjahr nicht eingetreten.

Die Überprüfung der vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Betriebszweig Umweltmanagements des Eigenbetriebs und dem ZAW hinsichtlich der Auswirkungen des §2b UStG nach Auslaufen des Optierungszeitraumes ergab, dass bei der derzeitigen Vertragsgestaltung zukünftig für die Leistungen des Da-Di-Werks Umsatzsteuer zu berücksichtigen wäre. Derzeit wird untersucht, durch welche Veränderungen / Umstrukturierungen bis Ende 2020 dies vermieden werden kann, damit für die Gebührenzahler des ZAW eine zusätzliche Belastung vermieden werden kann.

Im Übrigen werden die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse im Berichtsjahr in der Anlage 7 tabellarisch dargestellt.

C. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Zunächst wird eine Darstellung der Ertragslage des gesamten Eigenbetriebes vorgenommen, bevor auf die einzelnen Betriebszweige eingegangen wird. Beim gesamten Eigenbetrieb werden die konsolidierten Zahlen gezeigt, bei den einzelnen Betriebszweigen die nicht konsolidierten.

I. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2017 und 2016 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2017		2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	52.020	92,4	51.445	92,6	575
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.449	2,6	1.524	2,7	-75
Sonstige betriebliche Erträge	2.832	5,0	2.624	4,7	208
Bestandsveränderungen	2	0,0	-6	0,0	8
Betriebsleistung	56.303	100,0	55.587	100,0	716
Materialaufwand und bezogene Leistungen	13.280	26,5	15.023	30,8	-1.743
Personalaufwand	14.145	28,2	13.234	27,2	911
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13.573	27,1	12.344	25,3	1.229
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.153	18,2	8.128	16,7	1.025
Betriebsaufwand	50.151	100,0	48.729	100,0	1.422
Betriebsergebnis	6.152		6.858		-706
Finanzergebnis	-5.609		-6.045		436
Steuern vom Einkommen und Ertrag und sonstige Steuern	28		20		8
Jahresergebnis	515		793		-278

Die **Betriebsleistung** des Eigenbetriebes hat sich gegenüber 2016 um TEUR 716 auf TEUR 56.303 erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Kostenerstattungen durch den Landkreis an den Betriebszweig Gebäudemanagement zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Kostenerstattung durch den Landkreis für:			
- Schulgebäude	40.066	38.840	1.226
- Verwaltungsgebäude	2.178	2.317	-139
- außerschulische Nutzung Sporthallen	1.651	1.726	-75
Kostenerstattung Kompostierungsanlagen	3.302	3.472	-170
Geschäftsführungsentgelt ZAW	1.611	1.629	-18
Überlassung Abfallgefäße	498	1.183	-685
Anlieferungsgebühren	603	610	-7
Kalkulatorische Verzinsung Sachanlagevermögen	525	0	525
Sonstige Umsatzerlöse	1.586	1.668	-82
	<u>52.020</u>	<u>51.445</u>	<u>575</u>

Die kalkulatorische Verzinsung des Sachanlagevermögens wird seit dem Jahr 2017 dem Zweckverband Abfallwirtschaft in Rechnung gestellt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	2.081	1.878	203
Landeszuweisungen	302	302	0
Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen	164	71	93
Schadenersatzleistungen	133	14	119
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	44	217	-173
Übrige	108	142	-34
	<u>2.832</u>	<u>2.624</u>	<u>208</u>

Die übrigen Erträge beinhalten vor allem Versicherungsentschädigungen sowie Erlöse aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen.

Der **Materialaufwand** (TEUR 13.280) hat einen Anteil von 26,5 % an den laufenden betrieblichen Aufwendungen. Er verringerte sich somit gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.743, was einer Verminderung des Anteils an den laufenden betrieblichen Aufwendungen von 4,3 Prozentpunkten entspricht. Dabei veränderten sich insbesondere die Aufwendungen für die allgemeine Bauunterhaltung (./TEUR 1.737).

Der Materialaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Allgemeine Bauunterhaltung	5.131	6.868	-1.737
Reinigungskosten	4.399	4.289	110
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.196	1.253	-57
Unterhaltung technische Anlagen und Maschinen	1.078	1.203	-125
Pflege Außenanlagen	300	213	87
Containermiete	123	186	-63
Übrige	1.053	1.011	42
	<u>13.280</u>	<u>15.023</u>	<u>-1.743</u>

Der **Personalaufwand** (TEUR 14.145) hat einen Anteil von 28,2 % an den laufenden betrieblichen Aufwendungen und stieg um TEUR 911. Die Veränderung der Personalkosten resultiert aus der Einstellung von Mitarbeitern, Tarifsteigerungen sowie Stufensteigerungen.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	10.962	10.288	674
Gesetzliche Sozialaufwendungen	3.183	2.946	237
- davon für Altersversorgung	1.021	903	118
	<u>14.145</u>	<u>13.234</u>	<u>911</u>

Bei den **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** (TEUR 13.573) handelt es sich ausschließlich um planmäßige Abschreibungen. Der Anstieg in Höhe von TEUR 1.229 (10 %) resultiert im Wesentlichen aus den Abschreibungen für neue Gebäude aus dem Betriebszweig Gebäudemanagement.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** (TEUR 9.153) haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.025 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gas	1.500	1.314	186
Strom	1.791	1.698	93
Fernwärme	627	712	-85
Wasser, Abwasser	670	700	-30
Verwaltungsgemeinkosten	500	496	4
Erstattung Containerstellplätze	432	425	7
Müllgebühren	260	316	-56
Mietaufwendungen Gebäude	907	476	431
Periodenfremde (neutrale) Aufwendungen	354	385	-31
Versicherungen	321	326	-5
Rechts- und Beratungskosten	317	61	256
Wartungskosten	260	87	173
Prüfgebühren Revisionsamt	142	132	10
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	1.072	1.000	72
	<u>9.153</u>	<u>8.128</u>	<u>1.025</u>

Im Vorjahr waren außerordentliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 47 separat ausgewiesen worden. Ein Ausweis außerordentlicher Aufwendungen ist nach BilRUG nicht mehr vorzunehmen, sodass diese in der obigen Darstellung in die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit einbezogen sind.

Der Anstieg der **Mietaufwendungen für Gebäude** resultiert aus dem Umzug des Gebäudemanagements von Kranichstein in die Rheinstraße.

Die Erhöhung der **Rechts- und Beratungskosten** erklärt sich durch die Ausschreibung von Rahmenverträgen für anwaltliche Beratung.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2016 um TEUR 706 auf TEUR 6.152 verschlechtert.

Das **Finanzergebnis** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 436 verbessert. (./TEUR 5.609; Vorjahr ./TEUR 6.045). Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen gesunkene Darlehenszinsen für Gebäude des Betriebszweiges Gebäudemanagement sowie ein geringerer Zinsaufwand aus Rückstellungen beim Betriebszweig Umweltmanagement.

Insgesamt wurde in 2017 ein **Jahresgewinn** von TEUR 515 erwirtschaftet. (Vorjahr Jahresgewinn TEUR 793).

Erläuterung der einzelnen Betriebszweige

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 erwirtschaftete der Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg insgesamt einen Jahresgewinn von TEUR 515, der sich im Vergleich zu dem Vorjahresergebnis wie folgt zusammensetzt:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gebäudemanagement	0	0	0
Umweltmanagement	515	793	-278
	515	793	-278

Nachfolgend werden – getrennt nach den beiden Betriebszweigen – die Erträge und Aufwendungen des Geschäftsjahres 2017 den Werten des Vorjahres gegenübergestellt.

1. Ertragslage des Betriebszweiges Umweltmanagement

Die Ertragslage des Betriebszweiges Umweltmanagement entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	2017		2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	7.928	96,6	8.228	98,6	-300
Bestandsveränderungen	2	0,0	-6	-0,1	8
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0,0	0	0,0	0
Sonstige betriebliche Erträge	277	3,4	151	1,5	126
Betriebsleistung	8.207	100,0	8.373	100,0	-166
Aufwand für Material und bezogene Leistungen	1.494	20,1	1.299	17,9	195
Personalaufwand	3.499	47,1	3.200	44,2	299
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.417	19,1	1.591	22,0	-174
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.014	13,7	1.150	15,9	-136
Betriebsaufwand	7.424	100,0	7.240	100,0	184
Betriebsergebnis	783		1.133		-350
Zinserträge	0		0		0
Zinsaufwand	248		330		-82
Finanzergebnis	-248		-330		82
Ertragsteuern	16		7		9
Sonstige Steuern	4		3		1
Jahresergebnis	515		793		-278

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Kostenerstattungen Kompostierungsanlagen	3.307	3.472	-165
Geschäftsführungsentgelt ZAW	1.611	1.629	-18
Überlassung Abfallgefäße	498	1.183	-685
Anlieferungsgebühren	614	618	-4
Erträge Duales System Deutschland	508	500	8
Kalkulatorische Verzinsung Sachanlagevermögen	525	0	525
Einspeisevergütung Photovoltaik	38	17	21
Verkauf von Waren	322	348	-26
Periodenfremde Umsatzerlöse	56	30	26
Pauschale Baustellenabfallsammelkonzept	66	54	12
Sonstige	383	377	6
	<u>7.928</u>	<u>8.228</u>	<u>-300</u>

Die kalkulatorische Verzinsung des Sachanlagevermögens wird dem Zweckverband Abfallwirtschaft in Rechnung gestellt.

Der starke Rückgang bei den Umsatzerlösen durch die Überlassung von Abfallgefäßen erklärt sich im Wesentlichen durch die geänderte Vereinbarung mit dem Zweckverband Abfallwirtschaft über die Abrechnung der Kosten aus den Leistungen der Abfallwirtschaft auf Basis des KAG.

Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen	164	71	93
Erträge aus Herabsetzung Wertberichtigungen zu Forderungen	55	25	30
Erstattung defekte Abfallgefäße	37	49	-12
Versicherungserstattungen	13	2	11
Sonstige	8	4	4
	<u>277</u>	<u>151</u>	<u>126</u>

Die Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen betreffen im Wesentlichen den Abgang dreier Radlader in Höhe von insgesamt TEUR 154.

Der **Materialaufwand** setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Diesel	195	183	12
Strom	72	76	-4
Handelswaren	141	162	-21
Sonstige Roh- Hilfs und Betriebsstoffe	146	202	-56
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	554	623	-69
Unterhaltung Maschinen	216	149	67
Entsorgungskosten	237	113	124
Externe Grün- / Bioabfallentsorgung	127	98	29
Wasser- und Kanalgebühren	35	30	5
Verwertungsentgelt	66	70	-4
Transportkosten	69	59	10
Analysen	29	26	3
Sonstiges	161	131	30
Aufwendungen für bezogene Leistungen	940	676	264
	1.494	1.299	195

Der **Personalaufwand** (TEUR 3.499) hat einen Anteil von 47,1 % an den laufenden betrieblichen Aufwendungen. Die Position hat sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 3.200 auf TEUR 3.499 erhöht. Er beinhaltet folgende Positionen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	2.651	2.487	164
Sozialaufwendungen	848	713	135
	3.499	3.200	299

Der Anstieg des Personalaufwandes resultiert im Wesentlichen durch Höhergruppierung mehrerer Mitarbeiter gemäß der neuen Entgeltverordnung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst sowie gestiegener Beihilfeaufwendungen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind im Berichtsjahr um TEUR 136 auf TEUR 1.014 zurückgegangen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
DSD-Erstattung Containerstellplätze	432	425	7
Fortschreibung Altflächendatei	0	119	-119
Abfallberatung ZAW	76	75	1
Versicherungen	109	112	-3
Verwaltungsgemeinkosten	80	64	16
Rechts- und Beratungskosten	41	19	22
Wartungskosten für Hard- und Software	53	36	17
Post- und Fernmeldegebühren	42	37	5
Periodenfremde Aufwendungen	40	37	3
Übrige	141	226	-85
	1.014	1.150	-136

Die Aufgabe der Durchführung der Fortschreibung der Altflächendatei für Altlasten wurde 2017 an den Landkreis übergeben, woraus ein Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultierte. Dem gegenüber stand ein Mehraufwand bedingt durch den Abschluss neuer Wartungsverträge für eine Gebühren-Abrechnungssoftware, höhere Rechts- und Beratungskosten sowie die weggefallenen Aufwendungen für Pensionsrückstellungen. Bei Letzteren handelte es sich bis einschließlich 2015 um den Unterschiedsbetrag gemäß den Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz BilMoG (TEUR 5 p.a.). Im Zuge der Anpassung an BilRUG wurde der übrige Unterschiedsbetrag 2016 zusammengefasst und als außerordentlicher Aufwand dargestellt (TEUR 47). Diese Position fiel 2017 weg. Der Rückgang bei den Übrigen resultiert im Wesentlichen daraus, dass in 2017 keine Aufwendungen für die Aktualisierung der Altlasten-Dateien mehr anfielen.

Das **Finanzergebnis** hat sich um TEUR 82 auf ./TEUR 248 verbessert. Als Ursache sind in erster Linie die geringeren Aufwendungen aus der Verzinsung von Rückstellungen entscheidend. Zusätzlich mussten in 2017 weniger Zinsen auf Kredite gezahlt werden, da eine höhere Tilgung erfolgte als in 2016.

Beim Betriebszweig Umweltmanagement ging das Jahresergebnis im Berichtsjahr von TEUR 793 auf TEUR 515 zurück.

2. Ertragslage des Betriebszweiges Gebäudemanagement

	2017		2016		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	44.324	91,7	43.421	91,6	903
Bestandsveränderungen	0	0,0	0	0,0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.449	3,0	1.524	3,2	-75
Sonstige betriebliche Erträge	2.555	5,3	2.473	5,2	82
Betriebsleistung	48.328	100,0	47.418	100,0	910
Aufwand für Material und bezogene Leistungen	11.796	27,5	13.733	32,9	-1.937
Personalaufwand	10.646	24,8	10.034	24,1	612
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	12.157	28,3	10.753	25,8	1.404
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.360	19,4	7.173	17,2	1.187
Betriebsaufwand	42.959	100,0	41.693	100,0	1.266
Betriebsergebnis	5.369		5.725		-356
Zinserträge	0		0		0
Zinsaufwand	5.361		5.715		-354
Finanzergebnis	-5.361		-5.715		354
Ertragsteuern	0		0		0
Sonstige Steuern	8		10		-2
Jahresergebnis	0		0		0

Die **Umsatzerlöse** beinhalten Kostenerstattungen des Landkreises für Schulgebäude (TEUR 40.066) sowie Kostenerstattungen für die Verwaltungsgebäude des Landkreises (TEUR 2.178). Maßgeblich für den Anstieg der Umsatzerlöse war im Wesentlichen die Erhöhung der Kostenerstattungen für Schulgebäude durch den Landkreis in Höhe von TEUR 1.226.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** stiegen im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 82. Dabei erhöhten sich insbesondere die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten um TEUR 203 (vorwiegend aus dem Kommunalinvestitionsprogramm 'Hessen packt's an') sowie die Schadensersatzleistungen (+TEUR 119). Bei den Schadensersatzleistungen handelte es sich im Wesentlichen um Brandschäden an der Gerhart-Hauptmann-Schule in Griesheim und an der Schule auf der Aue in Münster.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	2.081	1.878	203
Landeszuweisungen für Unterhaltskosten	302	302	0
Schadensersatzleistungen	133	14	119
Erträge Auflösung Rückstellungen	38	217	-179
Weitere betriebliche Erträge	1	62	-61
	<u>2.555</u>	<u>2.473</u>	<u>82</u>

Der **Materialaufwand** (TEUR 11.796) hat einen Anteil von 27,5 % an den laufenden betrieblichen Aufwendungen.

Der Materialaufwand gliedert sich wie folgt:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Reinigungsleistungen	4.399	4.289	110
Bauunterhaltung	5.131	6.868	-1.737
Unterhaltung technischer Anlagen und Maschinen	861	957	-96
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	642	630	12
Kanalkataster	104	270	-166
Containermieten	123	186	-63
Pflege Außenanlagen	312	222	90
Instandhaltung Pausenhöfe	87	185	-98
Beseitigung Glasschäden	101	83	18
Übrige Aufwendungen für bezogene Leistungen	36	43	-7
	<u>11.796</u>	<u>13.733</u>	<u>-1.937</u>

Die um TEUR 1.737 geringeren Kosten für Bauunterhaltung im Vergleich zum Vorjahr resultieren einerseits aus sehr hohen Bauunterhaltungskosten für Sanierungen in 2016. Der Rückgang der Kosten für das Kanalkataster erklärt sich im Wesentlichen dadurch, dass in 2017 weniger Fremdleistungen bezüglich jener Position beauftragt wurden, da viele Ausschreibungen für Sanierungen im vierten Quartal 2017 stattfanden, wodurch sich die Durchführung der Sanierungsarbeiten in das erste Quartal 2018 verschob. Die späte Vergabe resultierte aus dem umfangreichen Planungsaufwand im Vorfeld.

Der **Personalaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 612 auf TEUR 10.646 gestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Neueinstellungen sowie Höhergruppierung mehrerer Mitarbeiter gemäß der neuen Entgeltverordnung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Löhne und Gehälter	8.311	7.801	510
Gesetzliche Sozialaufwendungen	2.335	2.233	102
- davon für Altersversorgung	684	662	22
	10.646	10.034	612

Der Anstieg der **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen** von TEUR 10.753 auf TEUR 12.157 resultiert im Wesentlichen aus den zusätzlichen Abschreibungen für fertiggestellte Baumaßnahmen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** haben sich von TEUR 7.173 auf TEUR 8.360 erhöht. Die Position setzt sich wie folgt zusammen:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Gas, Strom, Fernwärme, Wasser	4.588	4.424	164
Müllgebühren	260	316	-56
Mietaufwendungen	873	476	397
Allgemeine Verwaltungskosten	640	627	13
Periodenfremde Aufwendungen	315	505	-190
Versicherungen	212	196	16
Rechts- und Beratungskosten	276	43	233
Prüfgebühren Revisionsamt	142	132	10
Wartungskosten EDV	145	50	95
Fortbildungskosten	58	54	4
Post- und Fernmeldegebühren	60	36	24
Reisekosten	29	35	-6
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	762	279	483
	8.360	7.173	1.187

Der Anstieg der Aufwendungen für Gas, Strom, Fernwärme und Wasser (TEUR 164) resultiert im Wesentlichen aus Nachzahlungen für Gas, da in 2016 zu geringe Abschläge gezahlt wurden.

Der Anstieg der Mietaufwendungen um TEUR 397 erklärt sich durch den Umzug von Kranichstein in die Rheinstraße.

Der Rückgang der periodenfremden Aufwendungen (./TEUR 190) resultiert im Wesentlichen aus der Ausbuchung von Forderungen an den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Zusammenhang mit der Auflösung von Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

Der Anstieg der Rechts- und Beratungskosten um TEUR 233 resultiert aus der anwaltlichen Beratung für die Ausschreibung diverser Rahmenverträge.

Der Anstieg der übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen erklärt sich im Wesentlichen durch die Bildung von Rückstellungen (+TEUR 293) sowie diverse andere Unterhaltskosten.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 354 verbessert.

II. Vermögens- und Finanzlage – Gesamt

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2017 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2016 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. mittel- und kurzfristiger (Fälligkeit weniger als ein Jahr) Verfügbarkeit erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus der folgenden Zusammenstellung der Bilanzzahlen in TEUR für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2017 und 31. Dezember 2016:

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Aktivseite					
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	303.993	91,7	290.574	91,4	13.419
Finanzanlagen	308	0,1	307	0,1	1
Langfristige Aktiva	304.301	91,8	290.881	91,5	13.420
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	678	0,2	603	0,2	75
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	100	0,0	95	0,0	5
Forderungen an den Landkreis	12.182	3,7	10.567	3,3	1.615
Flüssige Mittel	11.432	3,4	12.988	4,0	-1.556
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	2.553	0,8	2.407	0,8	146
Übrige Aktiva	208	0,1	183	0,1	25
Mittel- und kurzfristige Aktiva	27.153	8,2	26.843	8,4	310
Summe Aktivseite	331.454	100,0	317.724	100,0	13.730
Passivseite					
Stammkapital	1.795	0,5	1.795	0,6	0
Allgemeine Rücklage	6.755	2,0	6.070	1,9	685
Jahresergebnis	515	0,2	793	0,2	-278
Vorabausschüttung	-108	0,0	-108	0,0	0
Eigenkapital	8.957	2,7	8.550	2,7	407
Sonderposten für Investitionszuschüsse	48.529	14,6	48.581	15,3	-52
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.089	0,3	943	0,3	146
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	251.054	75,7	237.798	74,8	13.256
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	154	0,1	150	0,1	4
Mittel- und langfristige Passiva	252.297	76,1	238.891	75,2	13.406
Sonstige Rückstellungen	3.962	1,2	3.196	1,0	766
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	14.595	4,4	15.017	4,7	-422
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	2.174	0,7	2.584	0,8	-410
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis	46	0,0	26	0,0	20
Übrige Passiva	894	0,3	879	0,3	15
Kurzfristige Passiva	21.671	6,6	21.702	6,8	-31
Summe Passivseite	331.454	100,0	317.724	100,0	13.730

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen beträgt nahezu unverändert 91,8 % (Vorjahr 91,5 %).

Die Veränderung der **immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen** (Erhöhung um TEUR 13.419) resultiert im Wesentlichen aus den Zugängen im Bereich Schulgebäude (TEUR 5.464), aus Turn- und Sporthallen (TEUR 1.105) sowie aus den Änderungen im Bestand der Anlagen im Bau von TEUR 14.994.

Die **mittel- und kurzfristigen Aktiva** haben sich um TEUR 310 erhöht, was in einem Rückgang des Anteils am Gesamtvermögen in Höhe von 0,2 Prozentpunkten resultiert.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** (TEUR 2.553) beinhaltet im Wesentlichen geleistete Ansparraten auf Ifo-B Darlehen.

Das **Eigenkapital** des Eigenbetriebes ist um TEUR 407 gestiegen.

Die Veränderung der allgemeinen Rücklage stellt sich wie folgt dar:

	TEUR
Stand 31. Dezember 2016	6.070
Einstellung des Gewinnvortrages aus 2016 in die Rücklagen	685
Stand 31. Dezember 2017	<u>6.755</u>

Die bilanzielle Eigenkapitalquote des Eigenbetriebes beträgt damit zum Abschlussstichtag wie im Vorjahr 2,7 %.

Die mittel- und langfristigen **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** haben sich durch die Aufnahme von Darlehen um TEUR 13.256 erhöht.

Die **kurzfristigen Passiva** (Restlaufzeit bis zu einem Jahr) haben sich um TEUR 27 auf TEUR 21.825 vermindert. Der Erhöhung der **sonstigen Rückstellungen** stehen Rückgänge der kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung gegenüber.

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung erstellt:

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresergebnis	515	793	-278
+././ Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	13.573	12.344	1.229
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-2.081	-1.879	-202
././+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	160	-67	-93
+././ Zu- / Abnahme von Rückstellungen	912	-466	1.378
././+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-1.866	4.047	-5.913
+././ Zunahme/Abnahme von laufenden Verbindlichkeiten	-371	1.804	-2.175
= Mittelzufluss netto / Cash-Flow	10.522	16.576	-6.054
+ Einzahlung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse	2.029	2.417	-388
././ Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-26.921	-32.435	5.514
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	202	71	131
././ Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-114	-81	-33
././ Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-1	-1	0
= Mittelabfluss netto	-24.805	-30.029	5.224
- Ausschüttung an den Landkreis Darmstadt - Dieburg	-108	-108	0
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	26.091	25.748	343
././ Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-13.257	-12.141	-1.116
= Mittelzufluss netto	12.727	13.499	-772
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1.556	46	-1.602
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	12.988	12.942	46
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	11.432	12.988	-1.556

D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 (Anlagen 1 bis 3) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung. Ferner prüften wir die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung in entsprechender Anwendung des § 53 HGrG (vgl. hierzu Abschnitt F.).

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung des Lageberichtes hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichtes beachtet worden sind.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere, ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrages.

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebes ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Betriebsleitung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Unsere Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Die Prüfungsarbeiten haben wir vom 2. bis zum 8. Mai 2018 in den Geschäftsräumen des Eigenbetriebes in Messel und Darmstadt und in unseren Büroräumen in Dreieich-Sprendlingen durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichtes.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von der HRB Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg, geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 23. Oktober 2017 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2016. Er wurde mit Beschluss des Kreistages vom 11. Dezember 2017 unverändert festgestellt.

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut des Eigenbetriebes.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Betriebsleitung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Betriebsleitung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei der Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung des Eigenbetriebes und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus Gesprächen mit der Betriebsleitung und Mitarbeitern des Eigenbetriebes bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Anlagevermögen
- Forderungen
- Rückstellungen (Vollständigkeit und Bewertung)

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten des Eigenbetriebes wurden u. a. Bankbestätigungen sowie Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten eingeholt.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten (IDW PS 460).

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) des Eigenbetriebes erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms Kanzlei Rechnungswesen der Firma DATEV. Die Lohn- und Gehaltsbuchhaltung wird von der Personalabteilung des Landkreises über SAP abgewickelt.

Das von dem Eigenbetrieb eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert; das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der geprüften Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem, Kostenrechnung und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes in Verbindung mit den handelsrechtlich geltenden Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung erfolgt nach den Formblättern 1 und 2 der Verordnung zur Bestimmung der Formblätter für den Jahresabschluss der Eigenbetriebe (Formblattverordnung).

Die Bewertung entspricht den Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften, soweit sich aus dem EigBGes nichts anderes ergibt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, sind die entsprechenden Angaben erfolgt. Die Darstellung erfolgt überwiegend im Anhang.

In dem von dem Eigenbetrieb aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2017 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht, den gesetzlichen Vorschriften entspricht und dass er insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt und die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB und den ergänzenden Vorschriften des § 26 EigBGes vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht die vorgeschriebenen Angaben enthält und damit den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. in seiner Gesamtaussage – wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang ergibt –, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir hierzu auch auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt C. I. bis III.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich unverändert zum Vorjahr angewendet.

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).

3. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Berichtspflichtige Tatsachen aus sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses lagen nach dem Ergebnis unserer Prüfungshandlungen im Prüfungszeitraum nicht vor.

F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrages

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Gemäß § 27 Abs. 2 EigBGes erstreckt sich die Abschlussprüfung auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung, geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage 8 dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

II. Feststellungen zur Einführung eines Risikofrüherkennungssystems

Als Abschlussprüfer haben wir im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG auch darüber zu berichten, ob die Betriebsleitung ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet hat und ob dieses geeignet ist, seine Aufgaben zu erfüllen.

Nach IDW PS 720 ist die Prüfung des Risikofrüherkennungssystems rechtsformunabhängig als Bestandteil einer nach § 53 HGrG durchzuführenden Geschäftsführungsprüfung anzusehen.

Ein Risikofrüherkennungssystem i. S. d. § 91 Abs. 2 AktG hat sicherzustellen, dass diejenigen Risiken, die den Fortbestand der Einrichtung gefährden können, früh erkannt werden. Es muss deshalb geeignet sein, den Eintritt und die Erhöhung derartiger Risiken rechtzeitig anzuzeigen und den Entscheidungsträgern mitzuteilen. Es muss ferner sicherstellen, dass eine Gesamtbeurteilung solcher Risiken, die im Zusammenwirken bestandsgefährdend werden können, erfolgt.

Ein Risikofrüherkennungssystem ist im Betriebszweig Umweltmanagement eingerichtet; dieses wird kontinuierlich aktualisiert und der Betriebskommission zur Kenntnis gegeben. Für den Betriebszweig Gebäudemanagement wurde die Einrichtung im Jahr 2015 begonnen und im Jahr 2017 in ersten Teilbereichen eingeführt. Wir verweisen auch auf unsere Feststellungen zum Risikofrüherkennungssystem in Anlage 8.

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes und Schlussbemerkungen

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 (Anlage 4) des Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg unter dem Datum vom 2. August 2018 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 27 Abs. 2 EigBGes i. V. mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerkes außerhalb dieses Prüfungsberichtes bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Dreieich, 2. August 2018

Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Finw. (FH) Wolfgang Kaiser
Wirtschaftsprüfer

Dipl.-Ing. Stephan Schüllermann
Wirtschaftsprüfer

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

- Da-Di-Werk -

Gesamt

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite

Passivseite

	31.12.2017	31.12.2016		31.12.2017	31.12.2016
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten EDV-Software	0,00 133.130,00	0,00 108.825,00	I. Stammkapital	1.795.000,00	1.795.000,00
	133.130,00	108.825,00	II. Allgemeine Rücklage	6.755.320,14	6.069.747,56
II. Sachanlagen			III. Gewinn/Verlust		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	275.252.128,00	275.401.003,94	Gewinn-/ Verlustvortrag des Vorjahres	685.572,58	1.352.522,92
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	1.656.444,73	1.610.262,73	Verwendung für Einstellung in die Allgemeine Rücklage	<u>-685.572,58</u>	<u>-1.352.522,92</u>
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.017.831,63	5.917.658,69		0,00	0,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	20.933.198,10	7.535.937,98	Jahresgewinn/Jahresverlust	515.479,35	793.272,58
	303.859.602,46	290.464.863,34	Verwendung für die Abführung der Eigenkapital- verzinsung an den Landkreis	<u>-107.700,00</u>	<u>-107.700,00</u>
III. Finanzanlagen				407.779,35	685.572,58
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	300.001,00	300.001,00		8.958.099,49	8.550.320,14
2. Sonstige Ausleihungen	8.124,60	7.290,23	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		
	308.125,60	307.291,23		48.529.013,27	48.581.225,54
	304.300.858,06	290.880.979,57	C. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.089.499,00	943.470,00
I. Vorräte			2. Steuerrückstellungen	4.900,00	9.100,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	68.852,50	66.131,13	3. Sonstige Rückstellungen	3.956.697,88	3.187.165,63
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	46.296,59	36.048,23		5.051.096,88	4.139.735,63
	115.149,09	102.179,36	D. Verbindlichkeiten		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	265.648.837,07	252.814.406,28
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	678.682,81	602.590,77	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 14.594.784,35 (Vorjahr EUR 15.016.867,36)		
2. Forderungen an den Landkreis davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 12.181.690,70; (Vorjahr EUR 10.567.569,54);	12.181.690,70	10.567.569,54	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.328.300,99	2.733.721,80
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	100.402,46	94.660,67	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 2.180.234,24 (Vorjahr EUR 2.583.990,33)		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	93.140,67	81.516,42	3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis	46.101,18	26.350,61
	13.053.916,64	11.346.337,40	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 46.101,18 (Vorjahr EUR 26.350,61)		
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	11.432.356,34	12.987.583,83	davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 46.101,18 (Vorjahr EUR 26.350,61)		
	24.601.422,07	24.436.100,59	4. Sonstige Verbindlichkeiten	193.147,38	166.026,38
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.552.566,13	2.407.453,72	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 193.147,38 (Vorjahr EUR 166.026,38)		
			davon aus Steuern EUR 187.465,99 (Vorjahr EUR 160.277,71)		
				268.216.386,62	255.740.505,07
			E. Rechnungsabgrenzungsposten	700.250,00	712.747,50
	331.454.846,26	317.724.533,88		331.454.846,26	317.724.533,88

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

- Da-Di-Werk -

Gesamt

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017

	2017	2016
	€	€
1. Umsatzerlöse	52.020.103,07	51.445.130,35
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.026,94	-5.575,02
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.448.663,15	1.523.899,65
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.831.545,93	2.624.007,86
	56.302.339,09	55.587.462,84
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.196.549,05	1.252.734,51
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.082.914,50	13.770.377,28
	13.279.463,55	15.023.111,79
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	10.962.619,93	10.288.412,06
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung EUR 1.021.353,07 Vorjahr EUR 903.094,14)	3.182.591,37	2.946.245,43
	14.145.211,30	13.234.657,49
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13.573.292,74	12.343.634,72
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.152.834,62	8.081.188,58
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	451,66	246,86
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.608.538,98	6.045.076,94
	-5.608.087,32	-6.044.830,08
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	543.449,56	860.040,18
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	46.940,00
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.174,34	7.063,82
14. Sonstige Steuern	11.795,87	12.763,78
15. Jahresgewinn	515.479,35	793.272,58

Anhang

Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg Da-Di-Werk (Darmstadt, Messel)

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

Auf den Jahresabschluss des Eigenbetriebes für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg zum 31. Dezember 2017 wurden gemäß § 22 EigBGes die Vorschriften der Rechnungslegung und Prüfung für große Kapitalgesellschaften angewandt. Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Anlagennachweis wurden entsprechend den Formblattvorschriften des Eigenbetriebsgesetzes aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt. Durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) kam es zu einer Neugliederung der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens erfolgte zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter, die beweglich und abnutzbar sind und selbständig nutzbar, werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Als Abgangszeitpunkt im Anlagenspiegel wird das Jahresende des Zugangsjahres angenommen.

Das **Anlagevermögen** gliedert sich entsprechend dem Eigenbetriebsgesetz.

Das ausgegebene Stammkapital an die AZUR GmbH in Höhe von T€ 600 wird zum 31. Dezember 2017 als **Anteile an verbundenen Unternehmen** seit 2014 mit T€ 300 ausgewiesen. Die Bewertung bleibt auch in 2017 unverändert, da nach Auskunft der Geschäftsführung der AZUR am Standort umfangreiche Investitionen im Bereich Brandschutz, Abwasser und Kanalisation anstehen. Die AZUR GmbH ist eine 100% ige Beteiligung des Landkreises Darmstadt-Dieburg, die wirtschaftlich dem Da-Di-Werk zugeordnet ist.

Die **Vorräte** an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die **Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert angesetzt; Ausfallrisiken zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung ist durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** wurden zum Nennwert angesetzt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** wurden Ausgaben bzw. Einnahmen vor dem Bilanzstichtag angesetzt, die Aufwendungen bzw. Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnung nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck bewertet. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % und Rentensteigerungen von jährlich 2,0 % zugrunde gelegt sowie eine Fluktuation in Höhe von 0 % p.a. unterstellt. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Monat Dezember 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Dieser Zinssatz beträgt 3,68 %. Die unter Zugrundelegung dieses Zinssatzes errechnete Rückstellung beträgt T€ 1.245. In Höhe des Differenzbetrages von T€ 156 zu dem bilanzierten Rückstellungswert von T€ 1.089 besteht eine Ausschüttungssperre. Das Renteneintrittsdatum ist der 1. August 2018.

Die Ermittlung der Rückstellungen für **Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen** erfolgt nach Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 19. Juni 2013 – IDW RS HFA 3 –. Sowohl für die zu leistenden Aufstockungsbeträge als auch für die Erfüllungsrückstände (im Blockmodell) wurden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung erfolgt unter Annahme einer voraussichtlichen Dynamik der Bezüge der Berechtigten von 2 %. Als biometrische Rechengrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Die Abzinsung der Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen erfolgte pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz in Höhe von 2,80 %, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergab (Vereinfachungsregelung). Bei einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr wurde eine Abzinsung nicht vorgenommen.

Die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens geht aus dem folgenden Anlagenspiegel hervor:

Anlage 3

Entwicklung des Anlagevermögens vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Restbuchwerte		Kennzahlen	
	01.01.2017	Zugang	Umbuchungen	Abgang	31.12.2017	01.01.2017	Abschreibungen des Wirtschaftsjahres	Angesamelte Abschreibungen auf Abgänge	Abschreibungen auf Umbuchungen	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016	Durchschnittlicher Abschreibungssatz	Restbuchwert
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten														
a) Umweltmanagement	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0	0,0
2. EDV-Software														
a) Umweltmanagement	505.117,03	11.254,17	0,00	3.025,18	513.346,02	481.677,03	15.585,17	2.691,18	0,00	494.571,02	18.775,00	23.440,00	3,0	3,7
b) Gebäudemanagement	476.954,61	102.623,35	0,00	0,00	579.577,96	391.569,61	73.653,35	0,00	0,00	465.222,96	114.355,00	85.385,00	12,7	19,7
	982.071,64	113.877,52	0,00	3.025,18	1.092.923,98	873.246,64	89.238,52	2.691,18	0,00	959.793,98	133.130,00	108.825,00	8,2	12,2
	982.071,64	113.877,52	0,00	3.025,18	1.092.923,98	873.246,64	89.238,52	2.691,18	0,00	959.793,98	133.130,00	108.825,00	8,2	12,2
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken														
a) Umweltmanagement	21.501.623,81	210.300,47	-2.117,00	0,00	21.709.807,28	12.326.266,20	502.869,47	0,00	0,00	12.829.135,67	8.880.671,61	9.175.357,61	2,3	40,9
b) Gebäudemanagement	304.215.565,37	9.832.151,85	1.711.926,35	0,00	315.759.643,57	37.989.919,04	11.398.268,14	0,00	0,00	49.388.187,18	266.371.456,39	266.225.646,33	3,6	84,4
	325.717.189,18	10.042.452,32	1.709.809,35	0,00	337.469.450,85	50.316.185,24	11.901.137,61	0,00	0,00	62.217.322,85	275.252.128,00	275.401.003,94	3,5	81,6
2. Maschinen und maschinelle Anlagen														
a) Umweltmanagement	7.512.461,33	564.185,31	10.683,17	600.979,68	7.486.350,13	5.902.198,60	504.659,48	576.952,68	0,00	5.829.905,40	1.656.444,73	1.610.262,73	6,7	22,1
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung														
a) Umweltmanagement	6.712.897,45	297.526,15	0,00	115.473,85	6.894.949,75	4.753.854,76	393.436,73	100.413,37	0,00	5.046.878,12	1.848.071,63	1.959.042,69	5,7	26,8
b) Gebäudemanagement	6.361.010,23	887.695,47	11.758,93	8.104,67	7.252.359,96	2.402.394,23	684.820,40	4.614,67	0,00	3.082.599,96	4.169.760,00	3.958.616,00	9,4	57,5
	13.073.907,68	1.185.221,62	11.758,93	123.578,52	14.147.309,71	7.156.248,99	1.078.257,13	105.028,04	0,00	8.129.478,08	6.017.831,63	5.917.658,69	7,6	42,5
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau und Anlagen im Bau														
a) Umweltmanagement	7.906,16	135.244,62	-8.566,17	0,00	134.584,61	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	134.584,61	7.906,16	0,0	100,0
b) Gebäudemanagement	7.528.031,82	14.994.266,95	-1.723.685,28	0,00	20.798.613,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.798.613,49	7.528.031,82	0,0	100,0
	7.535.937,98	15.129.511,57	-1.732.251,45	0,00	20.933.198,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.933.198,10	7.535.937,98	0,0	100,0
	353.839.496,17	26.921.370,82	0,00	724.558,20	380.036.308,79	63.374.632,83	13.484.054,22	681.980,72	0,00	76.176.706,33	303.859.602,46	290.464.863,34	3,5	80,0
III. Finanzanlagen														
Anteile an verbundenen Unternehmen														
a) Umweltmanagement	600.000,00	0,00	0,00	0,00	600.000,00	299.999,00	0,00	0,00	0,00	299.999,00	300.001,00	300.001,00	0,0	50,0
Sonstige Ausleihungen														
a) Umweltmanagement	7.290,23	834,37	0,00	0,00	8.124,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.124,60	7.290,23	0,0	100,0
	355.428.858,04	27.036.082,71	0,00	727.583,38	381.737.357,37	64.547.878,47	13.573.292,74	684.671,90	0,00	77.436.499,31	304.300.858,06	290.880.979,57	3,6	79,7

An dem verbundenen Unternehmen Arbeitsinitiative für Zerlegung und umweltgerechtes Recycling AZUR GmbH, Mühlthal/Nieder-Ramstadt, besteht eine 100% ige Beteiligung.

Die Zusammensetzung der **Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wird aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich:

	31.12.2017	Vorjahr
	T€	T€
Betriebszweig Umweltmanagement		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	276	306
Forderungen gegen verbundene Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen)	100 (0)	95 (0)
Sonstige Vermögensgegenstände	26	1
	<hr/> 402	<hr/> 402
Betriebszweig Gebäudemanagement		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	430	343
Forderungen an den Landkreis Darmstadt-Dieburg (davon aus Lieferungen und Leistungen)	12.199 (12.199)	10.568 (10.568)
Sonstige Vermögensgegenstände	67	80
	<hr/> 12.696	<hr/> 10.991
Konsolidierungen	-44	-47
Bilanzausweis	<hr/> 13.054	<hr/> 11.346

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** entfallen auf Forderungen gegen die AZUR GmbH, die aus einem Kassenkredit resultieren. Dieser beläuft sich aktuell noch auf T€ 100.

Sämtliche **Forderungen** und **sonstige Vermögensgegenstände** sind wie im Vorjahr innerhalb eines Jahres fällig.

Das **Eigenkapital** hat sich durch den Jahresgewinn in Höhe von T€ 515 und unter Berücksichtigung der Vorabausschüttung an den Landkreis Darmstadt-Dieburg in Höhe von T€ 108 letztlich um T€ 407 erhöht.

Die Entwicklung der **Rücklagen** ist nachfolgend dargestellt:

	T€	T€
Stand 31. Dezember 2016		6.070
Entnahme 2017	0	
Einstellung 2017	<u>685</u>	
Stand 31. Dezember 2017		6.755

Die **Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen** in Höhe von insgesamt T€ 48.529 setzen sich zusammen aus den Sonderposten für die Schulbaupauschale in Höhe von T€ 4.639, den Fördermitteln aus dem Sonder-Investitions-Programm (SIP) des Landes Hessen in Höhe von T€ 19.918, den Fördermitteln aus dem „Kommunalen-Investitions-Programm (KIP)“ des Bundes in Höhe von T€ 13.245, den Fördermitteln aus dem „Kommunalen-Investitions-Programm (KIP)“ des Landes „Hessen packt's an“ zur Stärkung der kommunalen Infrastruktur in Höhe von T€ 2.385, aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) in Höhe von T€ 3.772, für die Sanierung der Gersprenzhalle in Münster in Höhe von T€ 1.483, für die grundhafte energetische Sanierung der Albrecht-Dürer-Schule in Weiterstadt in Höhe von T€ 1.430, Förderungen in Höhe von T€ 581 für verschiedene Anlagen, für den Neubau einer zweigruppigen Erweiterung der „Betreuenden Grundschule“ an der Astrid-Lindgren-Schule in Höhe von T€ 123, für verschiedene Spielgeräte in Höhe von T€ 162 sowie für die Förderung der 3-Feldsporthalle in Seeheim-Jugenheim durch die Gemeinde in Höhe von T€ 635 und für die Umfahrung des Landratsamtes Dieburg durch die Stadt Dieburg in Höhe von T€ 138.

Für den Betriebszweig Umweltmanagement beläuft sich der Sonderposten auf insgesamt T€ 18 und betrifft einen Zuschuss der Stadt Weiterstadt für die Umbaumaßnahmen auf dem Recyclinghof Weiterstadt.

Die **sonstigen Rückstellungen** decken alle erkennbaren Risiken. Sie umfassen insbesondere Verpflichtungen aus dem Personalbereich (T€ 1.399 Betriebszweig Umweltmanagement und T€ 729 Betriebszweig Gebäudemanagement), für Nachkompostierung (T€ 374), für die Rekultivierung der Deponie Pfungstadt (T€ 1.529), für ausstehende Rechnungen (T€ 827 Betriebszweig Gebäudemanagement und T€ 21 Betriebszweig Umweltmanagement) sowie für Prozesskosten (T€ 86 Betriebszweig Gebäudemanagement).

Bei Erfüllung bestimmter Kriterien können Grund- und Sicherungsgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst werden. Der Einzelbewertungsgrundsatz, das Imparitäts- und Realisationsprinzip werden in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem die Sicherung effektiv ist, außer Kraft gesetzt. Effektiv ist die Sicherung nur dann, wenn sich das Sicherungsinstrument in der Wertentwicklung oder der Entwicklung der Zahlungsströme tatsächlich gegenläufig zum Grundgeschäft verhält und die Sicherung somit wirksam ist. Dadurch wird der Ausweis von unrealisierten Verlusten vermieden, wenn diesen in gleicher Höhe nicht realisierte Gewinne gegenüberstehen. Praktisch bedeutet dies die Notwendigkeit eines Vergleichs der Marktwerte zum Stichtag mit den bis zum Ende der Laufzeit hoch gerechneten Zinsgewinnen/-verlusten zu den Konditionen des jeweiligen Stichtags.

Dies trifft nur auf Receiver-Swaps zu, bei den beiden Betriebszweigen handelt es sich nur noch um Payer-Swaps. Es bedarf keiner Bewertungsabsicherung gemäß § 285 Nr. 23 HGB bei den Zinssicherungsgeschäften des Da-Di-Werks.

Die Fälligkeitsstruktur der **Verbindlichkeiten** stellt sich wie folgt dar:

<u>Art der Verbindlichkeiten</u>	<u>Restlaufzeit (Jahre)</u>			
	<u>Gesamt</u>	<u>bis zu 1</u>	<u>1 bis 5</u>	<u>über 5</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Betriebszweig Umweltmanagement				
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	1.859	635	677	547
(Vorjahr)	(2.453)	(640)	(1.096)	(717)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	547	547	0	0
(Vorjahr)	(661)	(661)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und anderen Betriebszweige	63	63	0	0
(Vorjahr)	(26)	(26)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	53	53	0	0
davon aus Steuern T€ 50 (Vj. T€ 36)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T€ 0 (Vj. T€ 0)				
(Vorjahr)	(42)	(42)	(0)	(0)
Gesamt	2.522	1.298	677	547
(Vorjahr)	(3.182)	(1.369)	(1.096)	(717)
Betriebszweig Gebäudemanagement				
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	263.790	13.960	52.268	197.562
(Vorjahr)	(250.361)	(14.377)	(49.201)	(186.783)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.781	1.627	154	0
(Vorjahr)	(2.073)	(1.923)	(150)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und anderen Betriebszweigen	27	27	0	0
(Vorjahr)	(47)	(18)	(29)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	140	140	0	0
davon aus Steuern T€ 138 (Vj. T€ 124)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T€ 0 (Vj. T€ 0)				
(Vorjahr)	(124)	(124)	(0)	(0)
Gesamt	265.738	15.754	52.422	197.562
(Vorjahr)	(252.605)	(16.442)	(49.380)	(186.783)
Konsolidierungen	- 44	- 44	-0	0
(Vorjahr)	(-47)	(-18)	(-29)	(0)
Bilanzausweis	268.216	17.008	53.099	198.109
(Vorjahr)	(255.740)	(17.793)	(50.447)	(187.500)

Besicherungen oder Pfandrechte für Verbindlichkeiten sind nicht bestellt.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse	2017	2016
	T€	T€
Betriebszweig Umweltmanagement		
Verwaltungsbereich	303	81
Kompostierungsanlagen	4.291	3.825
Floratop/Handelsware	323	349
Recyclinghof Weiterstadt	100	93
Wertstoffhof Semd	156	164
Vermietung von Abfallgefäßen		
- hoheitlich	413	1.117
- gewerblich	85	83
Geschäftsführung ZAW	1.688	1.629
E-Schrott Verw. AZUR	11	27
Arbeitsmaschinen	12	0
DSD-Bereich	508	500
Altlasten	0	147
Photovoltaikanlagen	38	18
Weiterbelastung von Personal- und Sachkosten an den Betriebszweig Gebäudemanagement	0	195
	7.928	8.228
Betriebszweig Gebäudemanagement		
Gebäudemanagement allgemein	1.518	1.594
Grundschulen	12.446	12.426
Grund- und Hauptschulen	1.762	2.075
Gymnasien	1.540	1.471
Gesamtschulen	21.314	20.387
Förderschulen	1.339	1.260
Berufsschulen	1.639	1.571
Sonstige schulische Aufgaben	278	217
Verwaltungsgebäude allgemein	2.178	2.331
Geschäftsstelle	310	89
	44.324	43.421
Konsolidierungen:		
- weiterbelastete Personal- und Sachkosten	-220	-195
- weiterbelastete Anlieferungsentgelte und ähnliche Entgelte	-12	-9
Ausweis Gewinn- und Verlustrechnung	52.020	51.445

Abschreibungen

Betriebszweig Umweltmanagement	2017	2016
Immaterielle Vermögensgegenstände	T€ 15	T€ 81
Sachanlagen	<u>T€ 1.401</u>	<u>T€ 1.510</u>
Summe	T€ 1.416	T€ 1.591
Betriebszweig Gebäudemanagement		
Immaterielle Vermögensgegenstände	T€ 74	T€ 68
Sachanlagen	<u>T€ 12.083</u>	<u>T€ 10.685</u>
Summe	T€ 12.157	T€ 10.753
Ausweis Gewinn- und Verlustrechnung	T€ 13.573	T€ 12.344

Die Aufwendungen für Altersversorgung belaufen sich für den Betriebszweig Umweltmanagement auf T€ 337 (Vorjahr: T€ 241) und für den Betriebszweig Gebäudemanagement auf T€ 685 (Vorjahr: T€ 662).

Bei den periodenfremden Aufwendungen in Höhe von T€ 315 (Vorjahr: T€ 504) für den Betriebszweig Gebäudemanagement handelt es sich vornehmlich um Miet- und Nebenkosten in Höhe von T€ 198, um Rechnungen in Höhe von T€ 78 sowie Auflösung von Forderungen, die im Rahmen der Rückstellungen gebildet wurden, in Höhe von T€ 38. Diese betreffen im Wesentlichen das Wirtschaftsjahr 2016.

Für den Betriebszweig Umweltmanagement betragen die das Wirtschaftsjahr 2016 betreffenden periodenfremden Aufwendungen T€ 40 (Vorjahr: T€ 16). Davon entfallen im Wesentlichen T€ 23 auf Geruchsgutachten 2016, T€ 8 für Instandhaltungen PV-Anlagen, T€ 2 für Wasser- und Abwasserabrechnungen und T€ 4 sonstige Reparaturkosten.

Bei dem Betriebszweig Gebäudemanagement belaufen sich die periodenfremde Erträge auf T€ 154 (Vorjahr: T€ 215). Die periodenfremde Erträge entfallen im Wesentlichen auf Abrechnungen der Betriebskosten mit den Gemeinden (Abrechnungen 2015 bis 2016) in Höhe von T€ 79 und Rückerstattungen von dem Versorgungsunternehmen für Stromlieferungen im Abrechnungszeitraum 2014 bis 2016 in Höhe von T€ 50 sowie Erstattung der Kosten einer Brandsanierung in Höhe von T€ 11 (aus 2016).

Im Betriebszweig Umweltmanagement ist für periodenfremde Erträge ein Wert in Höhe von T€ 55 (Vorjahr: T€ 30) angefallen. Diese betreffen Beitragsrückerstattungen von T€ 5 (2016), Doppelbuchungen im Bereich Swapgeschäfte 2015 in Höhe von T€ 39 sowie Kreditorenbuchung (2014) in Höhe von T€ 11.

Die Aufwendungen für Abzinsung von Rückstellungen belaufen sich auf insgesamt T€ 172 (Vorjahr: T€ 219). Im Bereich der sonstigen Rückstellungen wurden im Betriebszweig Umweltmanagement Aufwendungen für Abzinsung für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Pfungstadt in Höhe von T€ 133 (Vorjahr: T€ 190) aufgewendet. Abzinsungen aus Verpflichtungen aus dem Personalbereich belaufen sich für den Betriebszweig Umweltmanagement auf T€ 38 (Vorjahr: T€ 26) und auf den Betriebszweig Gebäudemanagement auf T€ 1 (Vorjahr: T€ 3).

Außergewöhnliche Geschäftsvorfälle des abgelaufenen Geschäftsjahres sind nicht zu nennen.

Berichtspflichtige Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 285 Nr. 33 HGB haben sich nicht ereignet.

Das **Jahresergebnis** entfällt wie folgt auf die Betriebsbereiche:

Betriebszweig Umweltmanagement	2017	2016
	T€	T€
Kompostierungsanlagen	396	108
Floratop/Handelsware	-13	15
Vermietung von Abfallgefäßen		
– hoheitlich	71	759
– gewerblich	32	38
Rekultivierung Deponie Pfungstadt	-81	-145
DSD-Bereich	-26	-14
Altlasten	1	0
Photovoltaik	-1	5
E-Schrott Verw. AZUR	59	27
Geschäftsführung ZAW	77	0
	515	793

Im Betriebszweig Gebäudemanagement wurde im Berichtsjahr aufgrund der Kostenerstattungsvereinbarung mit dem Landkreis ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

V. Sonstige Angaben

Anzahl der in 2017 beschäftigten Arbeitnehmer:

	2017	2016
Beamte	1,0	1,0
Beschäftigte (Umweltmanagement)	62,0	62,0
Beschäftigte (Gebäudemanagement)	<u>273,0</u>	<u>265,0</u>
	<u>336,0</u>	<u>328,0</u>

Im Betriebszweig Gebäudemanagement bestehen wegen der Umsetzung des Schulbauprogrammes 10 befristete Arbeitsverhältnisse.

Zum 31. Dezember 2017 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse aus Leasingverträgen im Bereich Umweltmanagement in Höhe von EUR 3.228 und im Bereich Gebäudemanagement in Höhe von EUR 116.404.

Weitere finanzielle Verpflichtungen aus Auftragserteilungen für Schulbaumaßnahmen bestanden in Höhe von EUR 34.025.442.

Die finanziellen Verpflichtungen aus Auftragserteilungen für Schulbaumaßnahmen beinhalten die folgenden Baumaßnahmen in T€:

Grundhafte energetische Sanierung, Markwaldschule	5
Erweiterung des Jahrgangsbereichs 10, Joachim-Schumann-Schule	265
Neubau Mensagebäude, Joachim-Schumann-Schule	922
Zentrale Biomasse-Heizungsanlage (HHS), Joachim-Schumann-Schule	20
Neubau, Joachim-Schumann-Schule	736
Umbau Betreuungsräume zu Klassenräumen, Hans-Quick-Schule	29
Neubau, Gutenbergschule in Dieburg	6
Grundhafte brandschutztechnische Sanierung Verwaltungsgebäude Dieburg	13
Grundhafte energetische Sanierung, Verwaltungsgebäude Dieburg	347
Grundhafte energetische Sanierung, Landrat-Gruber-Schule	42
Zubau Agrartechnik, Landrat-Gruber-Schule	7
Grundhafte brandschutztechnische Sanierung, Gustav-Heinemann-Schule	1.215
Sanierung Schwimmbecken, Gustav-Heinemann-Schule	83
Mehrzweck- und Mensagebäude, Schulzentrum auf der Leer	52
Parkhaus Schulzentrum auf der Leer	4
Baukosten (10 Gruppenräume), Stephan-Gruber-Schule	15
Abriss und Neubau, Carlo-Mierendorff-Schule	50
Außenanlagen im Zusammenhang mit grundhafter energetischer Sanierung, Gerhart-Hauptmann-Schule	72
Grundhafte energetische Sanierung, Gerhart-Hauptmann-Schule	211
Zubau Fachklassen Gerhart-Hauptmann-Schule	9
Zubau 15 Klassenräume, Gerhart-Hauptmann-Schule	369
Umbau im Bestand, Schule im Kiefernwäldchen	6
Zubau Sprachheilschule, Schule im Kiefernwäldchen	9
Ankauf und Herrichtung eines Grundstücks für Neubau, Griesheim	10
Zuschuss für Neubau Bewegungshalle, Haslochbergschule	168
Ausbau Ganztagschule (Mensagebäude), Albert-Einstein-Schule	33
Neuordnung naturwissenschaftlicher Bereich, Albert-Einstein-Schule	710
Neubau Mensa, Verwaltung und Betreuungsräume, Geiersbergschule	521
Grundhafte energetische Sanierung, Ernst-Reuter-Schule	409
Umbau von Klassenräumen zu Mensa- und Betreuungsräumen, Wendelinusschule	56
Ausbau Dachgeschoss (Kursräume), Max-Planck-Schule	374
Außenanlage, Max-Planck-Schule	139
Neubau in Holztafelbauweise, Max-Planck-Schule	531
Produktionsschule am Wurzelwerk, Groß-Umstadt	11
Ankauf und Umbau alte Friedensschule	461
Neugestaltung der Außenanlage, Friedensschule	5
Pausenhalle (Atriumüberdachung inkl. Brandschutz), Albert-Schweitzer-Schule	29
Umbau naturwissenschaftlicher Bereich, Albert-Schweitzer-Schule	28
Grundhafte energetische Sanierung, Modautalschule	192
Grundhafte energetische Sanierung, Gersprenzhalle 2. BA	5
Grundhafte energetische Sanierung, Gersprenzhalle 1. BA	34
Grundhafte energetische Sanierung inkl. Neubau NW-Bereich, Schule a. d. Aue	10.408
Zubau 2 Mobi-Skul-Pavillon für Betreuung, Regenbogenschule	1
Ausbau Ganztagschule, Eichesschule	21
Dena-Modellvorhaben, Lichtenbergschule	63

Neubau Biomasseheizung inkl. Nahwärmenetz, Georg-Chr.-Lichtenbergschule	8
Neugestaltung Außenanlagen inkl. Buswendeschleife, Georg-Chr.-Lichtenbergschule	82
Zubau 2 Mobi-Skul-Pavillon, Georg-Chr.-Lichtenbergschule	136
Neue Schulmensa und Heizungsanlage, Otzbergschule	15
Umbau Mensa Goetheschule, Pfungstadt	14
Grundhafte energetische Sanierung, Erich-Kästner-Schule	8
Grundhafte energetische Sanierung, Wilhelm-Leuschner-Schule	37
Grundhafte Sanierung, Gutenbergschule	175
Neubau inkl. Abriss ehem. Feuerwehrhaus, Gutenbergschule	92
Ganztagsgebäude inkl. Umbau Mediathek, Friedrich-Ebert-Schule	2
Anbindung Halle an Schule, Freiflächengestaltung, Friedrich-Ebert-Schule	44
Außenanlage, Friedrich-Ebert-Schule	5
Zubau Sek II, Friedrich-Ebert-Schule	129
Neubau 3-Felder-Sporthalle, Friedrich-Ebert-Schule	821
Baukosten Hauptgebäude, Gersprenzschule	27
Ausbau Ganztagschule, Dr.-Kurt-Schumacher-Schule	7
Grundhafte energetische Sanierung inkl. NW, Dr.-Kurt-Schumacher-Schule	61
Mensa und Betreuungsräume, Rehbergschule	149
Zubau Mobi-Skul Pavillon, Gundernhäuser Schule	7
Grundhafte energetische Sanierung, Justin-Wagner-Schule	29
Grundhafte energetische Sanierung, Eichwaldschule	129
Grundhafte energetische Sanierung, Tannenbergschule	305
6 Mobi-Skul-Pavillon und WC-Bereich, Schuldorf Bergstraße	727
Außengelände 3-Feldsporthalle und 100 Parkplätze, Schuldorf Bergstraße	14
Internationale Schule 2./3. BA, Schuldorf Bergstraße	99
Internationale Schule Rest 3. BA, Schuldorf Bergstraße	7
Neubau 3-Feldsporthalle, Schuldorf Bergstraße	66
Planung und Umsetzung Infrastrukturkonzept, Schuldorf Bergstraße	5
Baukosten inkl. Außenanlage, Schloßschule	10
Erweiterung Neubau (weitere 2 Klassenräume), Schloßschule	281
Umbau, Schloßschule	13
Umbau, Wilhelm-Busch-Schule	3
Aufstellung Mobi-Skul, Albrecht-Dürer-Schule	4
Grundhafte energetische Sanierung inkl. NW, Albrecht-Dürer-Schule	9.267
Außenanlage, Hessenwaldschule	173
Ersatzbau inkl. NW-Bereich, Hessenwaldschule	980
Umbau Pavillon, Hessenwaldschule	305
Ausbau von Pausenhöfen	69
Baukosten rationelle Energieverwendung (GLT)	13
Baukosten Schulen allgemein	555
Investive Betriebsoptimierung	11
Brandschutzpläne	30
Maßnahmen zur Energieeinsparung	293
Neue elektroakustische Anlagen (ELA) an diversen Schulen	6
Schul- u. Lehrküchen	33
Sonderprogramm Akustik	38
Sonderprogramm Sonnenschutz	15
Planungskosten für Wettbewerb Neubau 3 Grundschulen	30
Summe	34.025

Die finanziellen Verpflichtungen aus erteilten Aufträgen aus Vorjahren für Gebäudeunterhaltung untergliedert nach Schulformen und Verwaltungsgebäude stellen sich (auf T€ gerundet) wie folgt dar:

	2017	2016	2015	2014	2013	2012
Berufsschulen	48	20	2	2	1	
Förderschulen	142	19		1		
Gesamtschulen	1.358	389	148	27	5	4
Grund- und Hauptschulen	73	81	4	3		
Grundschulen	1.710	235	128	157	19	
Gymnasien	106	43		45		
Sonstige schulische Aufgaben	37	1	1			
Verwaltungsgebäude			82	16		
Summe	3.474	788	265	251	25	4

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften bestehen zum Abschlussstichtag nicht. Ebenso bestehen keine Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen. Zur Liquiditätssicherung besteht zwischen dem Da-Di-Werk, dem ZAW und der AZUR GmbH eine Vereinbarung über eine gegenseitige Gewährung von Kassenkrediten.

Zu den nahestehenden Personen zählen neben dem Landkreis nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches auch die AZUR GmbH als verbundenes Unternehmen. Die Geschäftsvorfälle mit den nahestehenden Personen setzen sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

	Erträge	Aufwendungen
AZUR GmbH	EUR 56.081,10	EUR 1.408,39
Landkreis Darmstadt-Dieburg	EUR 43.788.429,76	EUR 738.951,84

Der Betrieb hat für Darlehen, deren Zinsbindung abläuft, mit der Landesbank Hessen-Thüringen **Zinstauschvereinbarungen** (Forward Payer Swap) vereinbart. Aus den Finanztermingeschäften des Berichtsjahres fielen Aufwendungen für den Betriebszweig Umweltmanagement von EUR 31.207,63 sowie für den Bereich Gebäudemanagement Erträge von EUR 34.698,37 an, die saldiert den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zugerechnet wurden.

Die Betriebsleitung für den Eigenbetrieb setzte sich im Geschäftsjahr 2017 wie folgt zusammen:

Herr Jürgen Kreis für den kaufmännischen Bereich
Herr Dr. Armin Kehrer für den technischen Bereich/Umweltmanagement

Herr Holger Gehbauer für den technischen Bereich/Gebäudemanagement.

Die Bezüge der Betriebsleitung ergeben sich aus dem Besoldungsgesetz und dem TVöD. Die Einzelbezüge belaufen sich auf: Herr Jürgen Kreis EUR 100.146,63, Herr Dr. Armin Kehrer EUR 101.951,99 und Herrn Holger Gehbauer EUR 114.741,24.

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers beträgt für das Geschäftsjahr 2017 EUR 13.090,00 gemäß Kreistagsbeschluss und entfällt in voller Höhe auf die Abschlussprüfung.

Vorschlag der Betriebsleitung für die Behandlung des Jahresergebnisses

Das Jahresergebnis soll wie folgt verwendet werden:

	EUR
Jahresgewinn 2017	515.479,35
Entnahme aus Rücklage	0,00
Einstellung in die Rücklage	-407.779,35
Verzinsung Eigenkapital (bereits abgeführt an den Landkreis)	-107.700,00

Die Mitglieder der **Betriebskommission des Da-Di-Werkes** waren im Berichtsjahr:

Vorsitzende/Vorsitzender

Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann Kreisbeigeordneter

(Vorsitzender und ständiger Vertreter von Herrn Landrat Klaus Peter Schellhaas als
satzungsmäßiger Vorsitzender)

Mitglieder des Kreisausschusses

Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	Landrat
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	Hausfrau/Rentnerin
Frau Kreisbeigeordnete Christiane Krämer	Rentnerin
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	Angestellter
Herr Kreisbeigeordneter Dieter Emig	Bürgermeister a. D.

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsabgeordneter Prof. Dr. Friedrich Battenberg	Ltd. Archivdirektor
Kreistagsabgeordneter Boris Freund	Kaufmann
Kreistagsabgeordneter Heiko Handschuh	Angestellter

Kreistagsabgeordnete Dagmar Wucherpennig	Verwaltungsangestellte
Kreistagsabgeordneter Dr. Albrecht Achilles	Rentner
Kreistagsabgeordnete Margrit Herbst	Beamtin
Kreistagsabgeordneter Hans-Dieter Karl	Rentner
Kreistagsabgeordneter Sebastian Rouven Sehlbach	Kreisgeschäftsführer der CDU Darmstadt-Dieburg
Kreistagsabgeordneter Prof. Ulf Seiler	Hochschullehrer, Bauingenieur
Kreistagsabgeordneter Sebastian Stöveken	Bankbetriebswirt

Sachkundige Mitglieder

Kreistagsabgeordneter Karl Hartmann	Bürgermeister
-------------------------------------	---------------

Mitglieder des Personalrats

Herr Stephan Kühn	Kompostwerker
Herr Dietrich Pflug	Schulhausmeister

Die Gesamtbezüge der Betriebskommission (Sitzungsgeld) betragen EUR 8.500,45.

Darmstadt/Messel, den 30. Juni 2018



Jürgen Kreis
kaufmännischer Betriebsleiter



Dr. Armin Kehrer
technischer Betriebsleiter/Umweltmanagement



Holger Benbauer
technischer Betriebsleiter/Gebäudemanagement

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg
- Da-Di-Werk -**

Lagebericht 2017

I. Gegenstand des Eigenbetriebes

1. Gebäudemanagement

Satzungsmäßiger Gegenstand des Betriebszweiges Gebäudemanagement ist die Sicherstellung einer dem Lebenszyklusansatz entsprechenden bedarfsgerechten Bereitstellung und effiziente Bewirtschaftung kreiseigener Grundstücke und Gebäude unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten.

Hierzu gehören die Fachbereiche Hochbau, Haustechnik, Bauunterhaltung, Gebäudebewirtschaftung und Energiemanagement für alle kreiseigenen Schulen.

Die Geschäftsstelle hat ihren Sitz in Darmstadt, Rheinstraße 91.

2. Umweltmanagement

Gegenstand des Betriebszweiges Umweltmanagement ist die

- Betriebsführung der kreiseigenen Bioabfallkompostierungsanlagen in
Alsbach-Hähnlein,
Pfungstadt/Eschollbrücken,
Groß-Umstadt/Semd,
Reinheim/Wembach-Hahn,
Weiterstadt,
- Geschäftsführung für den Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (ZAW),
- Wahrnehmung der Funktion des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers entsprechend der hessischen Abfallgesetzgebung und
- ökologische Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten entsprechend den Anforderungen des Elektroggesetzes unter Beschäftigung von besonders beeinträchtigten Langzeitarbeitslosen und schwer vermittelbaren Arbeitslosen sowie Personen, die aufgrund einer Behinderung auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden.

Die Geschäftsstelle des Umweltmanagements hat ihren Sitz in Messel, Roßdörfer Str. 106.

II. Betriebszweig Gebäudemanagement

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Aufgabenschwerpunkt in 2017 war die Fortführung des umfangreichen Schulbau- und Schulsanierungsprogramms des Landkreises Darmstadt-Dieburg auf Grundlage des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2017. Der Regierungspräsident hat den Wirtschaftsplan 2017 genehmigt. Die verfügbaren Auflagen, insbesondere im Hinblick auf Kreditaufnahmen, wurden im Haushaltsvollzug erfüllt.

Die Betriebskommission wurde im Rahmen der insgesamt 10 stattgefundenen Sitzungen in 2017 jeweils aktuell über den Stand aller Projekte zeitnah schriftlich unterrichtet.

Die Berichterstattung zur Abwicklung des Wirtschaftsplanes erfolgte über Quartalsberichte und Projektstatusberichte.

Die Leistungsverrechnung zwischen dem Da-Di-Werk und dem Landkreis ist auf Basis einer verwaltungsinternen Kostenerstattungsvereinbarung erfolgt. Hiernach erstattet der Landkreis die Aufwendungen des Da-Di-Werkes monatlich.

Kreditaufnahmen

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurde ein Kommunaldarlehen in Höhe von 25.714.375 € aufgenommen. Diese Darlehenssumme entsprach der restlichen Kreditermächtigung aus dem Jahr 2016. Des Weiteren wurde im Rahmen des Hessischen Investitionsfonds - Abteilung B - ein Anspardarlehen in Höhe von 1.636.000 € aus der entsprechenden Kreditermächtigung des Jahres 2012 aufgenommen.

Das Kommunaldarlehen in Höhe von 25.714.375 € wurde am 10.04.2017 zu einem Zinssatz von 0,12 % mit einer zweijährigen Zinsbindung bei der Sparkasse Darmstadt aufgenommen.

Aufgrund anhaltender niedrigen Fremdkapitalzinsen werden seit dem Jahr 2015 Darlehen ausschließlich mit variabler Verzinsung aufgenommen bzw. prolongiert. Die Zinslaufzeiten betragen maximal 2 Jahre, da man bei ansteigenden Zinsen, in Abstimmung mit dem Portfoliobeirat, ggf. gegensteuern kann.

Portfoliomanagement

Der Betriebszweig Gebäudemanagement nimmt am Portfoliomanagement der Kreisverwaltung teil.

Der Portfoliobeirat tagt dreimal im Jahr zur Erörterung der aktuellen Finanzmarktlage, um hieraus Handlungsoptionen herauszuarbeiten.

Die Beobachtung und Einschätzung der zukünftigen Zinsentwicklung im Hinblick auf die variablen Darlehenszinsen wird stets eingehend prognostiziert.

Im Rahmen der vom Kreisausschuss verabschiedeten Leitlinien wird im Portfoliobeirat sichergestellt, dass keine risikobehafteten Finanzgeschäfte getätigt werden.

Bisher konnten kumulativ 384 T€ an Zinsentlastung erreicht werden.

2. Darstellung der Lage

Bilanz

Das Anlagevermögen beinhaltet die Gegenstände, die ab dem 1. Januar 2008 vom Betriebszweig Gebäudemanagement angeschafft wurden. Die Entwicklung ergibt sich aus dem Anhang.

Die Gesamtsumme der Anlagen in Bau betragen zum 31. Dezember 2017 20,799 Mio. €.

Baumaßnahme	T€
Grundhafte energetische Sanierung Gerhart-Hauptmann-Schule, Griesheim	447
Grundhafte energetische Sanierung Alfred-Delp-Schule, Dieburg	279
Grundhafte energetische Sanierung Schillerschule, Griesheim	7
Grundhafte energetische Sanierung Ernst-Reuter-Schule, Groß-Umstadt	256
Grundhafte energetische Sanierung Schule auf der Aue, Münster	4.942
Grundhafte energetische Sanierung, Eichwaldschule, Schaafheim	292
Grundhafte energetische Sanierung, Tannenbergschule, Seeheim-Jugenheim	188
Zuschuss Neubau Gesamtschule, Schule am Pfaffenberg, Mühlthal	58
Neubau Mensagebäude Joachim-Schumann-Schule, Babenhausen	288
Neubau Mensa inkl. Kindergarten der Gemeinde ca. 5-6 Gruppen, Groß-Umstadt	365
Grundhafte energetische Sanierung Carlo-Mierendorff-Schule Geb. 01-02, Griesheim	161
Planungsleistung investive Maßnahme Energieeinsparung Ludwig Glock, Messel	1
Außenanlage Gustav-Heinemann-Schule, Dieburg	66
Sanierung Schwimmbecken Gustav-Heinemann-Schule, Dieburg	448
Umbau im Bestand CMS Block A für Räume Schule am Kiefernwäldchen, Griesheim	1
Neubau Pavillon Gebäude 003 Carl-Ulrich-Schule, Weiterstadt	31
Mensa Schillerschule, Griesheim	1
Erstellung Mobil Skul-Container, Schule im Angelgarten, Groß-Zimmern	3
Buswendeschleife Schule am Kiefernwäldchen, Griesheim	2
Um- und Ausbau NW, Justin-Wagner-Schule in Roßdorf	36
Architektenvertrag Haustechnikbereich Heinrich-Klein-Halle, Groß-Umstadt	9
Umbau Pavillon, Hessenwaldschule, Weiterstadt	263
Küche Mensa im Neubau Mensagebäude Joachim-Schumann-Schule, Babenhausen	27
Außensportanlage Joachim-Schumann-Schule, Babenhausen	4
Umbau Hausmeisterwohnung Haslochbergschule, Groß-Bieberau	3
Neubau am Standort Joachim-Schumann-Schule, Bachgauschule, Babenhausen	11
Infrastrukturkonzept Rettungswege Verkehrsführung LEER, Dieburg	36
Aufstellung Mobi-Skul 1 Klassenraum Schillerschule, Griesheim	3
Mensa/Ganztagsbetreuung Carlo-Mierendorff-Schule, Griesheim	17

Baumaßnahme	T€
Neubau zweite Mensa Gerhart-Hauptmann-Schule, Griesheim	10
Neubau in Holztafelbauweise auf dem Gelände Max-Planck, Groß-Umstadt	663
Pausenhof Stephan-Gruber-Schule, Eppertshausen	1
Pausenhof Gundernhäuser Schule, Roßdorf	1
Umbau Verwaltung Anna-Freud-Schule, Weiterstadt	8
Außenanlage Albrecht-Dürer-Schule, Weiterstadt	516
Grundhafte energetische Sanierung, Schule am Pfaffenberg, Mühlital	3
8 Mobi-Skul-Pavillon mit WC-Bereich, Schuldorf Bergstraße, Seeheim-Jugenheim	376
Umbau Energetische Sanierung WC-Anlage Albert-Einstein-Schule, Groß-Bieberau	42
Erweiterung des Jahrgangsbereichs 10, Joachim-Schumann-Schule, Babenhausen	125
Freianlagen Multifunktionsgebäude, Joachim-Schumann-Schule, Babenhausen	77
Neubau Lehrertoilette Landrat-Gruber-Schule, Dieburg	100
Parkhaus "Auf der Leer", Leer-Zentrum, Dieburg	36
Mensagebäude Joachim-Schumann-Schule i. Rahmen v. Hessen packt's an, Babenhausen	552
Außenanlagen Friedensschule, Groß-Zimmern	96
Anbindung Sporthalle an Schule, Freiflächengestaltung, Friedrich-Ebert-Schule, Pfungstadt	503
Erweiterung Neubau 2 Klassenräume Schlossschule, Weiterstadt	121
Zubaumaßnahmen für das Konzept für Berufsschulen in Darmstadt	4
Mehrzweck- und Mensagebäude Leer-Zentrum, Dieburg	10
Invest.-Zuschuss Neubau Bewegungsraum, Haslochbergschule, Groß-Bieberau	532
Produktionsschule am Wurzelwerk (PaW), Groß-Umstadt	17
Zubau 2 Mobi-Skul-Pavillon, Georg-Christoph-Lichtenberg, Ober-Ramstadt	119
Zubau Mobi-Skul-Pavillon Gutenbergschule, Pfungstadt	2
2. BA Grundhafte energetische Sanierung Albrecht-Dürer-Schule, Weiterstadt	8.572
Zubau von 6 Mobi-Skul-Pavillon, Lessingschule, Erzhausen	7
Betreuung Mensa, Bibliothek, Mediathek Marienschule, Dieburg	3
Ausbau Kiosk Int. Schule Schuldorf-Bergstraße, Seeheim-Jugenheim	4
Außenanlagen im Zusammenhang Neubau Max-Planck-Schule, Groß-Umstadt	13
IB-Verfahren Schadstoff- und Baustoffkartierung Sporthallen	12
Umbau und Sanierung Verwaltungstrakt, Dr.-Kurt-Schumacher-Schule, Reinheim	1
Freianlagen beim Zubau 2 Mobi-Skul-Pavillon Georg-Christoph-Lichtenberg, Ober-Ramstadt	6
Neubau Grundschule Weiterstadt	12
Fluchttreppenturm an der Friedrich-Ebert-Schule in Griesheim	1
MobiSkul Aufstellung bei der Eichwaldschule, Schaafheim	9
	<hr/>
	20.799

Zum Bilanzstichtag wurden die erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand 1. Januar 2017	Verbrauch 2017	Auflösung 2017	Auf-/Ab- zinsung 2017	Zuführung 2017	Stand 31. Dezember 2017
		€	€	€	€	€
<u>Gebäudemanagement:</u>						
Ausstehende Rechnungen 2015	4.496,40	3.226,14	0,00	0,00	0,00	1.270,26
Ausstehende Rechnungen 2016	191.700,00	115.085,65	37.563,88	0,00	0,00	39.050,47
Ausstehende Rechnungen 2017	0,00	0,00	0,00	0,00	786.990,00	786.990,00
Prozesskosten	98.750,50	12.957,23	0,00	0,00	0,00	85.793,27
Altersteilzeit	71.573,00	43.209,00	0,00	1.253,70	53.271,30	82.889,00
Überstunden und Urlaub	557.122,96	557.122,96	0,00	0,00	646.496,47	646.496,47
Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	37.400,00	3.740,00	0,00	0,00	3.740,00	37.400,00
Prüfungskosten	5.890,00	5.890,00	0,00	0,00	6.545,00	6.545,00
Sonstige Rückstellungen	966.932,86	741.230,98	37.563,88	1.253,70	1.497.042,77	1.686.434,47

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge in den Jahren 2017 und 2016 zeigt folgende Übersicht:

	2017 €	2016 €
Umsatzerlöse		
Erstattung Landkreis	42.243.709,56	41.156.705,67
	<u>42.243.709,56</u>	<u>41.156.705,67</u>
Erlöse für Leistungen des Gebäudemanagements für den Landkreis	72.783,05	31.084,45
Kostenersatz für außerschulische Nutzung	1.651.977,19	1.695.005,95
Erlöse im Zusammenhang mit Personalkosten	36.543,03	52.219,61
Sonstige Umsatzerlöse	54.517,37	223.424,38
Erlöse f. Leistungen GM an Betreuung DaDi gGmbH	102.631,69	33.138,87
Periodenfremde Erlöse	154.325,22	215.073,85
Zuschuss Personalkosten	7.995,24	0,00
Periodenfremde Erträge Verwaltungsgebäude	0,00	14.469,75
	<u>2.080.772,79</u>	<u>2.264.416,86</u>
Umsatzerlöse gesamt	44.324.482,35	43.421.122,53
Sonstige betriebliche Erträge		
Landeszuweisung für die Unterhaltungskosten Schuldorf Bergstraße	301.784,73	301.784,73
Schadenersatzleistungen von Versicherungen	133.156,82	14.339,69
Förderung von Bund/Land baul. Maßnahmen	0,00	61.827,50
Erträge aus Herabsetzung EWB zu Forderung	750,00	0,00
Erträge Auflösung von Rückstellungen	37.563,88	217.391,88
Erträge aus Auflösung Sonderposten	332.011,40	277.327,94
Erträge aus Auflösung Sonderposten Schulbaupauschale	149.601,00	149.603,00
Erträge aus Auflösung Sonderposten SIP	839.335,28	838.891,00
Erträge aus Auflösung Sonderposten KIP	554.341,00	554.341,00
Erträge aus Auflösung Sonderposten Hessen Packt's an	205.951,98	57.389,52
	<u>2.554.496,09</u>	<u>2.472.896,26</u>

Personalaufwendungen

Der Personalaufwand des Betriebszweiges Gebäudemanagement in den Jahren 2017 und 2016 zeigt folgende Übersicht:

	2017 €	2016 €
Personalkosten	8.206.002,06	7.838.981,74
Zuführung/Auflösung der Überstunden- und Urlaubsrückstellung	89.373,51	-5.283,57
Verwendung der Rückstellung für Altersteilzeit	10.062,30	-38.719,44
Fahrtkostenerstattung Whg./Arb. Jobticket	5.733,20	6.684,08
Personal Nebenkosten	0,00	0,00
Gesetzliche Sozialaufwendungen	<u>2.335.129,91</u>	<u>2.232.829,66</u>
	10.646.300,98	10.034.492,47

Im Berichtsjahr waren im Bereich Gebäudemanagement 263 Arbeitnehmer (Vorjahr 265) beschäftigt.

Bedeutsame Leistungsindikatoren

Im Jahr 2017 wurden die folgenden 100 Ausschreibungen durchgeführt:

Beschränkte Ausschreibungen:	1 Ausschreibung (aus dem Bereich VOB)
Öffentliche Ausschreibungen:	57 Ausschreibungen (46 aus dem Bereich VOB und 11 aus dem Bereich VOL)
Offene Verfahren:	3 Ausschreibungen (aus dem Bereich VGV)
Freihändige Vergaben:	39 Ausschreibungen (28 aus dem Bereich VOB und 11 aus dem Bereich VGV)

Für investive Maßnahmen sind 23,6 Mio. € verausgabt worden. Auf Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen entfielen 6,8 Mio. €.

Betrachtung des Geschäftsverlaufes 2018 bis zur Berichterstattung

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren von Januar bis Ende März 2018 nicht zu verzeichnen.

3. Bestandsgefährdende Risiken

Für das Da-Di-Werk bestehen im Betriebszweig Gebäudemanagement keine bestandsgefährdenden Risiken, da das Da-Di-Werk größtenteils hoheitliche Aufgaben für den Landkreis auf Basis der Schulgesetzgebung erfüllt. Die Ausgaben für das Gebäudemanagement an den landkreiseigenen Schulen werden vom Landkreis über die Schulumlage auf Basis einer Kostenerstattungsvereinbarung finanziert.

Sonstige nicht bestandsgefährdende Risiken

Die Tätigkeit des Gebäudemanagements ist durch die Umsetzung des Schulbau- und Schulsanierungsprogramms in Verbindung mit der laufenden Bauunterhaltung geprägt. Hierzu werden entsprechende Finanzmittel aus der Schulumlage benötigt. Die Baukosten sind abhängig von der konjunkturellen Entwicklung der Baubranche. Weiterhin besteht eine Abhängigkeit vom jeweils aktuellen Zinsniveau im Zusammenhang mit bestehenden Krediten und der Aufnahme von weiteren Krediten zur Finanzierung der Investitionen.

Das Da-Di-Werk ist bei allen baulichen Maßnahmen den allgemeinen Risiken der Bauwirtschaft ausgesetzt. Aufgrund teilweise mehrjähriger Laufzeiten von Baumaßnahmen besteht das Risiko von Preissteigerungen, dessen Ausmaß in der Projektplanungsphase ebenso nicht quantifizierbar ist, wie durch notwendige Nachtragsvergaben, steigende Gesamtkosten und der damit entstehenden Budgetüberschreitungen.

Die Risikokontrolle erfolgt durch die Überwachung der Bauphasen durch die Projektleiter des Da-Di-Werkes in Zusammenarbeit mit dem Controlling beim Fachbereich Finanz- und Rechnungswesen.

Die Berichterstattung über den Stand aller Projekte (einschließlich Nachträge) erfolgt monatlich gegenüber der Betriebskommission als zuständiges Kontrollgremium.

III. Betriebszweig Umweltmanagement

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Aufgrund des Satzungszweckes unterliegt der Betriebszweig Umweltmanagement nur geringen konjunkturellen Einflüssen und wirtschaftlichen Schwankungen.

Kompostierungsanlagen

Das Da-Di-Werk betreibt 5 dezentrale Bioabfallkompostierungsanlagen mit eigenem Personal. Die Betriebsführungskosten erstattet der Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (ZAW) dem Da-Di-Werk zu Selbstkosten auf Basis dieses Jahresabschlusses.

Die Betriebsführungskosten entwickelten sich wie folgt:

2013	3,35 Mio. €
2014	3,59 Mio. €
2015	3,23 Mio. €
2016	3,15 Mio. €
2017	3,35 Mio. €

Die Entwicklung der Bio- und Grünabfälle zeigt sich wie folgt:

2013	57.000 Tonnen
2014	58.700 Tonnen
2015	54.500 Tonnen
2016	58.000 Tonnen
2017	58.000 Tonnen

Die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Bioabfalleinsammlung und -verwertung auf den Kompostierungsanlagen ist nach wie vor sehr groß. Dies belegt die aktuelle offizielle Statistik des Landes Hessen, in der der Landkreis Darmstadt-Dieburg einen Spitzenplatz beim Pro-Kopf-Einsammlungsergebnis an Bio- und Grünabfällen einnimmt.

Umweltpolitische Zielsetzungen

Bei der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bzw. Rahmenbedingungen setzt das Da-Di-Werk auf eine regionale ortsnahe Verwertung der Bio- und Grünabfälle im Sinne einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft. Zielsetzung ist die Vermeidung von Bioabfalltransporten

außerhalb des Landkreises. Die Verwertung und Wertschöpfung soll im Landkreis bleiben. In den letzten Jahren kam es nur vereinzelt zu Transporten von Bioabfall außerhalb des Landkreises im Rahmen von Sanierungs- und Umbaumaßnahmen. So auch in 2017.

Auf Grundlage des vom Kreistag verabschiedeten Abfallwirtschaftskonzeptes setzt das Da-Di-Werk die Vorgaben, wonach die Vermeidung und Verwertung von Siedlungsabfällen Vorrang vor einer Beseitigung hat, um. Hierzu gehört das dezentrale Standortkonzept zu den Kompostierungsanlagen mit kurzen Transportwegen.

Geschäftsführung für den ZAW

Das Da-Di-Werk führt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages die Geschäfte für den ZAW. Die Geschäftsführungskosten erstattet der ZAW dem Da-Di-Werk zu Selbstkosten auf Basis dieses Jahresabschlusses.

Die Einzelheiten der Geschäftsführung für den ZAW sind nicht Gegenstand dieses Lageberichtes.

Abfallgefäßgestellung für den ZAW

Auf Basis eines Mietvertrages mit dem ZAW ist das Da-Di-Werk für die Gestellung der Abfallgefäße in den jeweiligen Größen für die Bereiche Hausmüll, Altpapier und Bioabfall zuständig.

Portfoliomanagement

Auch der Betriebszweig Umweltmanagement nimmt am Portfoliomanagement der Kreisverwaltung teil.

Der Portfoliobeirat tagt dreimal im Jahr zur Erörterung der aktuellen Finanzmarktlage, um hieraus Handlungsoptionen herauszuarbeiten.

Im Rahmen der vom Kreisausschuss verabschiedeten Leitlinien wird im Portfoliobeirat sichergestellt, dass keine risikobehafteten Finanzgeschäfte getätigt werden.

Bisher konnten kumulativ 152 T€ an Zinsentlastung erreicht werden.

2. Darstellung der Lage

Bilanz

Bezüglich der Entwicklung des Anlagevermögens wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen.

Die Anlagen im Bau beinhalten zum 31. Dezember 2017 die folgenden Investitionen:

- Ausschreibungskosten Radlader und Maschinen für die Kompostierungsanlagen	T€	19
- Umlegung Entwässerungskanal Kompostierungsanlage Wembach-Hahn	T€	7
- Sanierung Rottehalle Kompostwerk Semd	T€	79
- Neubau Siebhalle Kompostierungsanlage Alsbach-Hähnlein	T€	25
- Ankauf Photovoltaikanlage Kompostierungsanlage Eschollbrücken	T€	1

Das Eigenkapital des Eigenbetriebes setzt sich im Jahr 2017 wie folgt zusammen:

	2017
	€
Stammkapital	1.795.000,00
Allgemeine Rücklage	6.755.320,14
Jahresgewinn	515.479,35
davon bereits verwendet für Abführung der Eigenkapital-	
verzinsung an den Landkreis	<u>-107.700,00</u>
	<u>8.958.099,49</u>

Die allgemeine Rücklage wurde bereits für Investitionen und Darlehenstilgungen vollumfänglich verwendet, sodass diese für zukünftige Auszahlungen nicht zur Verfügung steht.

Der Jahresgewinn hat sich wie folgt entwickelt:

	€
Jahresgewinn 2017 aus den Geschäftsbereichen	
Kompostierungsanlagen	395.830,28
Vermietung von Abfallgefäßen	102.672,75
andere Bereiche	<u>16.976,32</u>
Stand am 31. Dezember 2017:	<u>515.479,35</u>

Zum Bilanzstichtag wurden die erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand 1. Januar 2017	Verbrauch 2017	Auflösung 2017	Auf-/Ab- zinsung 2017	Zuführung 2017	Stand 31. Dezember 2017
	€	€	€	€	€	€
<u>Umweltmanagement</u>						
Pensionsrückstellungen	943.470,00	0,00	0,00	34.719,70	111.309,30	1.089.499,00
Pensionsrückstellungen	943.470,00	0,00	0,00	34.719,70	111.309,30	1.089.499,00
Rückstellung für Gewerbesteuer	1.900,00	1.767,00	133,00	0,00	2.200,00	2.200,00
Rückstellung für Körperschaftssteuer	7.200,00	5.123,08	2.076,92	0,00	2.700,00	2.700,00
Steuerrückstellungen	9.100,00	6.890,08	2.209,92	0,00	4.900,00	4.900,00
Rekultivierung und Nachsorge Deponie Pfungstadt	1.414.368,30	18.335,61	0,00	132.891,72	0,00	1.528.924,41
Nachkompostierung	415.616,00	415.616,00	0,00	0,00	374.136,00	374.136,00
Überstunden	89.060,00	89.060,00	0,00	0,00	89.332,53	89.332,53
Urlaub	70.771,00	70.771,00	0,00	0,00	77.707,52	77.707,52
Beihilfeverpflichtungen	129.459,00	0,00	0,00	3.624,85	9.352,15	142.436,00
Abfallbeseitigung	32.061,00	32.061,00	0,00	0,00	17.581,00	17.581,00
Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	12.100,00	1.210,00	0,00	0,00	1.210,00	12.100,00
Prüfungskosten	5.890,00	5.050,00	840,00	0,00	6.545,00	6.545,00
Ausstehende Rechnungen	50.907,47	32.482,39	3.425,08	0,00	6.100,00	21.100,00
Prozesskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Personalkosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	2.220.232,77	664.586,00	4.265,08	136.516,57	581.964,20	2.269.862,46
	3.172.802,77	671.476,08	6.475,00	171.236,27	698.173,50	3.364.261,46

Gewinn- und Verlustrechnung

Im Wirtschaftsjahr 2017 konnte ein Gewinn in Höhe von 515.479,35 € erwirtschaftet werden.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse des Betriebszweiges Umweltmanagement in den Jahren 2017 und 2016 zeigt folgende Übersicht:

	2017	2016
	€	€
Erlöse aus Kostenübernahmen	5.131.244,21	5.269.342,18
Vermietung von Abfallgefäßen (hoheitlich)	413.254,48	1.099.552,61
Vermietung von Abfallgefäßen (gewerblich)	84.786,62	83.118,22
Anlieferungsgebühren	613.551,96	617.746,96
Verkauf von Handelswaren	322.323,57	347.700,19
Erlöse aus Kompostverkauf	68.252,05	81.462,97
DSD-Kostenerstattung	508.042,16	500.338,48
Erstattung BASK-Pauschale Recyclinghöfe	65.826,00	54.000,00
Photovoltaikanlagen	37.929,94	17.457,11
Kalk. Verzinsung Sachanlagevermögen	525.115,54	0,00
Übrige sonstige Umsatzerlöse	157.640,00	157.107,88
	<u>7.927.966,53</u>	<u>8.227.826,60</u>

Den Personalaufwand des Betriebszweiges Umweltmanagement in den Jahren 2017 und 2016 zeigt folgende Übersicht:

	2017	2016
	€	€
Bezüge der Beschäftigten	2.562.802,83	2.409.497,72
Sonstige Personalaufwendungen	81.036,03	60.528,53
Veränderung der Überstunden- und Urlaubsrückstellung	7.610,00	16.723,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	847.461,46	713.415,77
	<u>3.498.910,32</u>	<u>3.200.165,02</u>

Im Berichtsjahr waren im Bereich Umweltmanagement 62 Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr 62).

Der Gewinn sollte wie folgt verwendet werden: Von dem Jahresgewinn in Höhe von 515.479,35 € wurden bereits 107.700 € für die Abführung der Eigenkapitalverzinsung an den Landkreis verwendet. Der verbleibende Jahresgewinn in Höhe von 407.779,35 € soll in die allgemeine Rücklage eingestellt werden.

Betrachtung des Geschäftsverlaufes 2018 bis zur Berichterstattung

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren von Januar bis Ende März 2018 nicht zu verzeichnen.

3. Bestandsgefährdende Risiken

Für das Da-Di-Werk bestehen im Betriebszweig Umweltmanagement keine bestandsgefährdenden Risiken, da das Da-Di-Werk größtenteils hoheitliche Aufgaben im Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen der Abfallgesetzgebung erfüllt. Der Betriebszweig Umweltmanagement ist in das Vertragsgeflecht des ZAW eingebunden und hat von daher Anspruch auf den Ausgleich von Kosten aus dem Müllgebührenhaushalt des ZAW. Zudem übt das Da-Di-Werk die Funktion des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gemäß dem Hessischen Abfallgesetz aus.

Sonstige nicht bestandsgefährdende Risiken

Ein Risikomanagementsystem im Bereich Umweltmanagement ist eingerichtet. Dieses wird kontinuierlich aktualisiert und der Betriebskommission zur Kenntnis gegeben.

Zur Abdeckung von Betriebsführungsrisiken bestehen u. a. Betriebs- und Umwelthaftpflichtversicherungen.

Zur Vermeidung von Geruchsemissionen, die die umliegende Wohnbevölkerung in ihrer Lebensqualität einschränken könnten, erfolgt die Betriebsführung entsprechend guter fachlicher Praxis auf Basis eines zertifizierten Umweltmanagementsystems (EMAS = Ecological Management and Audit Scheme = Ökoaudit).

In Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde werden regelmäßig beim TÜV „Geruchsgutachten“ beauftragt, um die Effizienz der Betriebsführung zu bestätigen bzw. um ggf. sofort erforderliche Korrekturen in der Betriebsführung zu veranlassen.

Darmstadt / Messel, den 30. Juni 2018



Jürgen Kreis
kfm. Betriebsleiter



Holger Gehbauer
techn. Betriebsleiter
(Betriebszweig Gebäudemanagement)



Dr. Armin Kehrer
techn. Betriebsleiter
(Betriebszweig Umweltmanagement)

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 27 Abs. 2 EigBGes i. V. mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dreieich, 2. August 2018

Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Finw. (FH) Wolfgang Kaiser
Wirtschaftsprüfer

Dipl.-Ing. Stephan Schüllermann
Wirtschaftsprüfer

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

Anlage 6

Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Betrag insgesamt €	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen €	Gebäude- management Betrag insgesamt €	Schulen allgemein €	Verwaltungs- gebäude allgemein €	Umwelt- management Betrag insgesamt €	Verwaltungs- gemeinkosten €	Kompostierungs- anlagen €	Floratap €	Recyclinghof Weiterstadt €	Wertstoffhof Semd €	Abfallgefäße (hoheitlich) €	Abfallgefäße (gewerblich) €	Geschäftsführung ZAW €	E-Schrott Verw. AZUR €	Arbeits- maschinen €	Rekultivierung Deponie Pf. €	DSD €	Altlasten €	Photovoltaik €
1. Materialaufwand																				
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Ware	1.196.549,05	0,00	642.148,13	642.148,13	0,00	554.400,92	11.820,44	372.047,02	131.365,75	0,00	396,09	20.207,37	253,22	0,00	0,00	18.311,03	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Bezogene Leistungen	12.082.914,50	11.521,61	11.154.296,83	11.154.296,83	0,00	940.139,28	2.530,07	754.649,26	37.425,88	24.414,21	63.644,99	1.708,03	0,00	1.970,64	0,00	50.946,13	0,00	0,00	0,00	2.850,07
c) Aufwendungen v. anderen Betriebszweigen	279.285,55	0,00	0,00	0,00	0,00	279.285,55	730,27	81.073,01	89.438,01	60.696,43	5.233,74	915,93	0,00	0,00	0,00	34.360,40	0,00	0,00	0,00	6.837,76
2. Löhne und Gehälter	10.962.619,93	0,00	8.311.171,07	8.311.171,07	0,00	2.651.448,86	1.523.353,61	958.606,60	50.452,98	472,51	60.712,56	0,00	0,00	0,00	0,00	57.850,60	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen Beamtenversorgung	3.182.591,37	0,00	2.335.129,91	2.335.129,91	0,00	847.461,46	523.381,22	273.169,72	14.377,35	101,61	16.869,30	0,00	2.413,23	0,00	0,00	17.149,03	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Abschreibungen	13.573.292,74	0,00	12.156.741,89	10.701.184,56	1.455.557,33	1.416.550,85	114.537,69	916.778,99	3.446,00	2.310,00	0,00	274.027,85	27.421,63	20.454,69	6.883,00	37.935,00	0,00	0,00	0,00	12.756,00
5. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0	0,00	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.608.538,98	0,00	5.360.342,07	4.627.762,36	732.579,71	248.196,91	62.391,76	41.339,86	-2.474,47	0,00	0,00	10.888,77	1.178,36	226,03	253,57	641,77	133.026,11	0,00	0,00	725,15
7. Steuern	27.970,21	0,00	8.468,21	8.468,21	0,00	19.502,00	772,56	1.999,10	10.518,30	0,00	0,00	0,00	712,10	0,00	603,50	556,00	0,00	4.038,97	0,00	301,47
8. Andere betrieblichen Aufwendungen	9.152.834,62	220.868,20	8.359.540,31	8.359.165,58	374,73	1.014.162,51	271.284,03	122.814,06	10.131,45	3.955,29	1.499,80	2.790,20	2.878,31	73.875,66	0,00	8.751,12	0,00	508.012,11	0,00	8.170,48
9. Summe 1-7	56.066.596,95	232.389,81	48.327.838,42	46.139.326,65	2.188.511,77	7.971.148,34	2.510.801,65	3.522.477,62	344.681,25	91.950,05	148.356,48	310.538,15	34.856,85	96.527,02	7.740,07	226.501,08	133.026,11	512.051,08	0,00	31.640,93
10. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11. Umlage der Verwaltungsgemeinkosten Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.810.971,95	329.053,59	16.298,75	5.976,21	5.976,21	39.660,28	18.834,11	1.324.544,90	6.157,30	35.313,96	7.062,79	20.101,78	0,00	1.992,07
12. Umlage der Verwaltungsgemeinkosten Sachaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-411.950,37	164.780,15	4.119,51	2.059,75	2.059,75	18.537,77	3.089,63	189.497,16	2.059,75	16.478,01	3.089,63	2.059,75	0,00	4.119,51
13. Umlage von Verwaltungskosten der Geschäftsstelle	0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14. Leistungsausgl. des Aufwandsber. MA-Abt.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		252.550,56								-252.550,56				
15. Leistungsausgl. Innerbetr. Zinsverrechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18.703,81	31.818,43	120,86	0,00	0,00	8.380,86	906,96	173,97	0,00	493,96	-61.156,98	0,00	0,00	558,13
16. Aufwendungen insgesamt	56.066.596,95	232.389,81	48.327.838,42	46.139.326,65	2.188.511,77	7.971.148,34	306.583,14	4.300.680,35	365.220,37	99.986,01	156.392,44	377.117,06	57.687,55	1.610.743,05	15.957,12	26.236,45	82.021,55	534.212,61	0,00	38.310,64
17. Umsatzerlöse																				
a) Umsatzerlöse aus Kostenübernahme gemäß Kostenaufteilungsvereinbarung																				
aa) Umlage für Verlustausgleich																				
- davon bereits erhoben	47.577.514,25	203.105,76	42.243.709,56	40.065.671,51	2.178.038,05	5.536.910,45	218.305,93	3.237.050,04	0,00	0,00	0,00	413.254,48	0,00	1.668.300,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
- noch zu erheben	7.588,22	0,00	0,00	0,00	0,00	7.588,22	0,00	70.897,43	0,00	5.078,58	-10.604,81	0,00	0,00	-57.782,98	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
ab) Umlage für kalk. Verzinsung AV	525.115,54	0,00	0,00	0,00	0,00	525.115,54	0,00	437.170,14	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	77.005,20	0,00	10.940,20	0,00	0,00	0,00	0,00
b) Sonstige Umsatzerlöse	3.909.885,06	29.240,05	2.080.772,79	2.080.398,07	374,72	1.858.352,32	84.945,56	545.608,23	322.411,85	94.907,43	166.997,25	0,00	84.786,62	0,00	11.103,03	706,85	913,38	508.042,18	0,00	37.929,94
c) Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszweige	279.285,55	0,00	0,00	0,00	0,00	279.285,55	0,00	237.191,48	27.504,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.589,40	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.026,94	0,00	0,00	0,00	0,00	2.026,94	0,00	412,00	1.614,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19. Aktivierte Eigenleistungen	1.448.663,15	0,00	1.448.663,15	1.448.663,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20. Sonstige betrieblichen Erträge	2.831.545,93	44,00	2.554.496,09	2.544.397,09	10.099,00	277.093,84	3.331,65	168.181,31	133,00	0,00	0,00	34.639,46	4.701,80	0,00	64.642,24	0,00	0,00	0,00	1.464,38	0,00
21. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22. Finanzerträge	451,66	0,00	196,83	196,83	0,00	254,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	95,00	0,00	159,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23. Erträge insgesamt	56.582.076,30	232.389,81	48.327.838,42	46.139.326,65	2.188.511,77	8.486.627,69	306.583,14	4.696.510,63	351.664,46	99.986,01	156.392,44	447.893,94	89.583,42	1.687.522,22	75.905,10	26.236,45	913,38	508.042,18	1.464,38	37.929,94
24. Jahresergebnis	515.479,35	0,00	0,00	0,00	0,00	515.479,35	0,00	395.830,28	-13.555,91	0,00	0,00	70.776,88	31.895,87	76.779,17	59.947,98	0,00	-81.108,17	-26.170,43	1.464,38	-380,70

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Rechtliche und steuerliche Verhältnisse

I. Allgemeines

Rechtsform	Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg – Da-Di-Werk
Betriebssatzung	Beschlossen vom Kreistag am 20. November 1989; letzte Änderungssatzung vom 19. September 2011
Bezeichnung	Da-Di-Werk
Sitz	Darmstadt (Geschäftsstelle Gebäudemanagement) Messel (Geschäftsstelle Umweltmanagement)
Gegenstand	<ul style="list-style-type: none">– Bewirtschaftung kreiseigener Grundstücke, Gebäude und Räume– Betriebsführung von Kompostanlagen– Geschäftsführungstätigkeiten– Hilfs- und Nebengeschäfte
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	EUR 1.795.000,00
Organe	<ul style="list-style-type: none">– Kreistag– Kreisausschuss– Betriebskommission– Betriebsleitung
Betriebsleitung	Herr Kreis, kfm. Betriebsleiter Herr Dr. Kehrer, techn. Betriebsleiter (Umweltmanagement) Herr Gehbauer, techn. Betriebsleiter (Gebäudemanagement)
Betriebskommission	19 Mitglieder. Die Namen und die Veränderungen in der Zusammensetzung in 2017 sind im Anhang genannt.

II. Wichtige Verträge

- Vereinbarung zwischen dem Zweckverband Abfall- und Wertstoffsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg, das Da-Di-Werk und die AZUR GmbH über die gegenseitige Gewährung eines Darlehens zur Sicherung der Kassenliquidität vom 7. November 2012
- Vereinbarung zwischen dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Da-Di-Werk über die bedarfsgerechte Bewirtschaftung der 81 kreiseigenen Schulen vom 26. März 2008. Die im Betriebszweig Gebäudemanagement entstehenden Aufwendungen werden vom Landkreis Darmstadt-Dieburg erstattet
- Vereinbarung zwischen Da-Di-Werk und ZAW über die getrennte Einsammlung von organischen Abfällen und deren Verwertung durch Kompostierung vom 14. März 1995
- Vereinbarung zwischen dem Da-Di-Werk und der Stadt Weiterstadt über den Betrieb des Recyclinghofes
- Vereinbarung zwischen dem Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Da-Di-Werk) und der Stadt Groß-Umstadt sowie der Gemeinde Otzberg über den Betrieb des Wertstoffhofes Groß-Umstadt/Semd. Die Vereinbarung trat zum 1. Oktober 2009 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2011. Sie verlängert sich jeweils um zwei Jahre, wenn sie nicht ein halbes Jahr vor Ablauf gekündigt wird
- Geschäftsführungsvertrag zwischen Da-Di-Werk und ZAW vom 15. Januar 1993
- Gemäß Beschluss der Betriebskommission vom 27. Oktober 2003 hat das Da-Di-Werk mit Datum vom 18. November/3. Dezember 2003 einen Vertrag mit der Landesbank Hessen-Thüringen – Girozentrale – Frankfurt am Main zur Betreuung eines Finanzierungsportfolios geschlossen
- Mietverträge zur Abfallgefäßgestellung zwischen Da-Di-Werk und ZAW
- Diverse Verträge mit der AZUR GmbH (Einsammlung, Verwertung von E-Schrott und Vermietung von Anlagevermögen)
- Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem ZAW über die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Landkreis und ZAW zur Ausführung der hessischen Abfallgesetzgebung

III. Steuerliche Verhältnisse

Der Eigenbetrieb ist mit dem auf die Verpackungsverordnung (DSD) entfallenden Anteil der Vermietung von Abfallgefäßen sowie der gewerblichen Vermietung von Abfallgefäßen als Betrieb gewerblicher Art Körperschaftsteuerpflichtig.

Das Da-Di-Werk unterliegt hinsichtlich dieser Bereiche auch der Umsatzsteuer. Die Umsätze und Umsatzsteuern werden im Rahmen der Umsatzsteuererklärung des Landkreises Darmstadt – Dieburg veranlagt.

Sämtliche Betriebe gewerblicher Art des Landkreises Darmstadt-Dieburg bilden dessen unternehmerischen Bereich, für den eine Umsatzsteuererklärung zu erstellen ist; eine eigenständige Umsatzsteuererklärung für das Da-Di-Werk ist somit nicht abzugeben.

Das Da-Di-Werk ist im Sinne des Umsatzsteuergesetzes (UStG) nur im Rahmen seiner Betriebe gewerblicher Art ein steuerpflichtiger Unternehmer. Seine Unternehmen im Sinne des UStG umfasst alle ihre Betriebe gewerblicher Art, unabhängig davon, ob diese im Haushalt oder als Eigenbetrieb geführt werden.

Das Da-Di-Werk besitzt zum Stichtag folgende Betriebe gewerblicher Art:

- Floratop
- Gewerbliche Abfallwirtschaft

Die Betriebe gewerblicher Art (BgA) der Kommune unterliegen einzeln der Körperschaftsteuer. Folgende Betriebe werden steuerlich geführt:

Betrieb

Floratop

Gewerbliche Abfallwirtschaft

Steuernummer:

07 226 00268

007 226 01988

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

Grundlage unserer Arbeiten ist der Prüfungsstandard IDW PS 720 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG). Dieser Prüfungsstandard ist in Zusammenarbeit mit dem Bundesfinanzministerium, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen erarbeitet worden.

Die dort aufgeführten Fragen sind lückenlos zu beantworten. Soweit eine einzelne Frage für die geprüfte Einrichtung nicht einschlägig ist, ist dies zu begründen. Soweit sich die Beantwortung der Frage bereits aus der Berichterstattung über die Jahresabschlussprüfung ergibt, haben wir Verweisungen vorgenommen.

Der oben bezeichnete Fragenkatalog gliedert sich wie folgt:

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation
Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums
Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit
Vermögens- und Finanzlage
Ertragslage

Beantwortung des Fragenkatalogs:

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation
--

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Die Betriebskommission überwacht die Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Die Aufgabenverteilung ist in der Eigenbetriebssatzung geregelt. Für die Betriebskommission und die Betriebsleitung existieren Geschäftsordnungen. Über die Regelungen der Geschäftsordnung hinaus besteht ein Geschäftsverteilungsplan. Nach unseren Feststellungen entsprechen die Regelungen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr ist die Betriebskommission zu zehn Sitzungen zusammengetreten. Der Kreistag hat sich im Jahr 2017 in sechs Sitzungen mit Angelegenheiten des Eigenbetriebes Da-Di-Werkes befasst. Über die Sitzungen wurden Niederschriften erstellt, die wir in Kopie zu unseren Akten genommen haben.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 des Aktiengesetzes sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Betriebsleitung ist auskunftsgemäß in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG tätig.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütungen an die Betriebsleitung und die Aufwandsentschädigungen an die Betriebskommission enthalten keine erfolgsbezogenen Komponenten bzw. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Die Vergütungen an die Mitglieder der Betriebsleitung werden im Anhang individualisiert, die der Mitglieder der Betriebskommission in Übereinstimmung mit der geltenden Gesetzeslage in einer Summe und nicht individualisiert angegeben.

Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsführungsinstrumentariums
--

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die Regelungen in den Geschäftsordnungen für die Betriebskommission und für die Betriebsleitung entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes. Es gibt eine Aufgliederung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Eigenbetriebes. Die Bereiche sind innerhalb des Betriebs eindeutig abgegrenzt. Die Regelungen werden regelmäßig überprüft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Im Jahr 2016 wurde vom Landkreis Darmstadt-Dieburg eine verpflichtende Korruptionspräventions-Veranstaltung durchgeführt, die auskunftsgemäß von sämtlichen Mitarbeitern des Da-Di-Werks besucht wurde. In 2017 wurden von der Betriebsleitung für alle Beschäftigten entsprechende Hinweise gegeben.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für den Eigenbetrieb werden von der Betriebsleitung vorbereitet und an die zuständigen Beschlussgremien entsprechend den Regelungen in der Eigenbetriebssatzung und in den Geschäftsordnungen weitergeleitet. Durch die Aufstellung des Wirtschaftsplans wird zudem ein Entscheidungsrahmen vorgegeben. Entscheidungen vollziehen sich nach unseren Feststellungen im Rahmen der Jahresabschlussprüfung nach Recht und Gesetz (VOL, VOB, TVöD). Kredite werden für Investitionen und als Kassenkredite im jeweiligen Wirtschaftsplan festgesetzt. Geeignete schriftliche Richtlinien, insbesondere bei der Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, liegen vor und werden nach unseren stichprobenartigen Prüfungshandlungen auch beachtet.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Nach unseren Feststellungen besteht eine ordnungsgemäße Dokumentation.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Eigenbetriebs?

Das Planungswesen, das aus einem Wirtschafts- und Finanzplan besteht, entspricht nach unseren Feststellungen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden analysiert. Gegebenenfalls wird ein Nachtragswirtschaftsplan aufgestellt und den Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht nach unseren Kenntnissen der Größe und den Anforderungen des Eigenbetriebes.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Sowohl die Kredite als auch die Liquidität werden laufend überwacht. Das Da-Di-Werk ist in das Portfolio-Management des Landkreises Darmstadt-Dieburg eingebunden.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Fakturierung der Forderungen erfolgt über das DATEV-Buchhaltungssystem, das auch über ein Mahnwesen verfügt. In den Fällen des gerichtlichen Mahnwesens wird in Einzelfällen ein Dienstleistungsunternehmen beauftragt.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Das Controlling im Bereich Umweltmanagement wird durch die Betriebs- und Fachbereichsleitungen durchgeführt. Im Gebäudemanagement besteht ein Controlling, das im Fachbereich Finanz- und Rechnungswesen/Energiemanagement wahrgenommen wird. Das Controlling entspricht den Anforderungen für die Unternehmensbereiche Gebäude- und Umweltmanagement.

h) Ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

In der Bilanz des Da-Di-Werkes ist eine Beteiligung an der AZUR GmbH ausgewiesen, die rechtlich eine Beteiligung des Landkreises darstellt. Die Überwachung dieser Gesellschaft erfolgt direkt durch die Gesellschafterversammlung (identisch mit dem Kreisausschuss).

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Es besteht ein Risikofrüherkennungssystem für den Betriebszweig Umweltmanagement.

Für den Betriebszweig Gebäudemanagement wurde die Einrichtung im Jahr 2015 in Angriff genommen und im Jahr 2017 in ersten Teilbereichen (Fachbereiche Finanz- und Rechnungswesen und Gebäudebewirtschaftung) eingeführt. Im weiteren Verlauf sollen die Fachbereiche Haustechnik, Bauunterhaltung und Hochbau analysiert und sukzessive in das Risikofrüherkennungssystem und den Risikobericht aufgenommen werden.

Die Verlustausgleichsverpflichtung des Landkreises schließt Bestandsgefährdungen letztlich aus.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen zur Risikobegrenzung sind geeignet, ihren Zweck zu erfüllen. Anhaltspunkte, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden, haben sich nicht ergeben.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die Maßnahmen sind ausreichend dokumentiert. Ein fortgeschriebener Risikobericht wurde der Betriebskommission für das Umweltmanagement vorgelegt. Für das Gebäudemanagement wurde für den Fachbereich Finanz- und Rechnungswesen ein Bericht der Betriebskommission vorgelegt.

d) Werden Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Aktualisierungen und Abstimmungen mit den aktuellen Geschäftsprozessen im Umweltmanagement werden vorgenommen. Für den Betriebszweig Gebäudemanagement wurde dies Anfang 2017 in Teilbereichen begonnen und soll weiter ausgebaut werden.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Der Eigenbetrieb Da-Di-Werk ist in das Portfoliomanagement des Landeskreises Darmstadt-Dieburg einbezogen.

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?

Die im Landkreis Darmstadt-Dieburg und auch bei seinem Eigenbetrieb geltenden allgemeinen Regelungen zum Umgang mit Finanzinstrumenten und Derivaten sind in der internen "Dienst-anweisung für das Portfoliomanagement des Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Eigenbetriebe" (gültig in der am 30. August 2016 beschlossenen Fassung) schriftlich niedergelegt. Die Bildung und Bilanzierung von Bewertungseinheiten folgt hierbei dem Prinzip, dass vergleichbare Risiken aus einem Grundgeschäft durch gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme eines Sicherungsgeschäfts wirtschaftlich neutralisiert werden. Swap-Geschäfte sind demnach zur Absicherung zukünftiger Zinsrisiken, die sich aus Zinssatzänderungen bestehender langfristiger Darlehen ergeben können, zulässig. Offene Posten können ausschließlich im Rahmen bestehender Risikolimiten entstehen.

Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?

Für die Umsetzung der Arbeitsanweisung ist der Portfoliobeirat, bestehend aus vier festen Mitgliedern der Kreisverwaltung (Landrat/Landrätin, Leitungen der Fachbereiche Finanz- und Rechnungswesen, Kasse und Konzernsteuerung sowie Vertretungen der Eigenbetriebe) zuständig. Dem Portfoliobeirat obliegen auch die Bestimmungen der Märkte, auf denen gehandelt werden darf, sowie die Benennung der Kreditinstitute und Makler, mit denen Transaktionen getätigt werden dürfen.

Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?

Auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Analysen und Marktbeobachtungen bildet sich der Portfoliobeirat eine Meinung darüber, wie sich der Markt bzw. die Zinsen kurz- und mittelfristig entwickeln werden. Basierend hierauf legt er die Grundsätze des Portfoliomanagements fest und erarbeitet die Portfoliostrategie (unter Beachtung der Teilstrategien Haushalt, Kreditportfolio und Markt), definiert die Zinsschwankungsbreite des Portfolios und wählt die Produkte und Instrumente aus, die im Rahmen des Portfoliomanagements eingesetzt werden dürfen. In den Sitzungen des Portfoliobeirats werden auf Grund der aktuellen Marktlage und der Prognose der Marktentwicklung konkrete Maßnahmen (z. B. Abschluss eines Derivats für ein bestimmtes Darlehen) festgelegt, die – bei ständiger Marktbeobachtung – umgesetzt werden sollen. Die Beschlussfassung über den rechtsverbindlichen Abschluss von Derivatgeschäften obliegt letztlich dem Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

Das Portfoliomanagement wird derzeit durch die Betriebsleitung in Abstimmung mit dem Portfoliobeirat und in Zusammenarbeit mit der HeLaBa auf der Grundlage eines zeitlich unbefristeten und jährlich kündbaren, nicht exklusiven Betreuungsvertrages durchgeführt. Die HeLaBa übernimmt im Rahmen des Portfoliomanagements die Portfoliobewertung, die Marktanalyse, die Berichterstattung sowie die Unterbreitung von Vorschlägen für die Strategieumsetzung. Vertreter der Bank nehmen hierzu an den Sitzungen des Portfoliobeirats teil und unterstützen die Arbeit des Portfoliobeirates durch Analysen der Darlehensstruktur, volkswirtschaftlicher Daten und Analysen bei der Bildung der Zinsmeinung sowie der Entwicklung einer Strategie. Die Bank informiert den Landkreis kontinuierlich über die Lage der Zinsmärkte sowie monatlich ausführlich über volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Der Einsatz von Hedging-Strategien soll ausschließlich zur Steuerung und Begrenzung finanzieller Risiken sowie der Optimierung von Kreditkonditionen dienen. Die Verwendung zu spekulativen Zwecken ist auf Grund des Erlasses des Ministeriums des Innern und für Sport und im Rahmen der internen Richtlinien nicht gestattet. Verstöße hiergegen haben wir nicht festgestellt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, insbesondere in Bezug auf

- **Erfassung der Geschäfte**
- **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
- **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
- **Kontrolle der Geschäfte?**

Die "Dienstweisung für das Portfoliomanagement des Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Eigenbetriebe" stellt ein umfassendes Regelwerk dar, das auch die Anforderungen zur Erfassung, Beurteilung und Bewertung sowie zur Kontrolle der Geschäfte definiert und das entsprechende Instrumentarium samt umfangreicher Dokumentationspflichten beschreibt. Zum Zweck der Risikoanalyse werden die Sicherungsgeschäfte laufend von der zuständigen Mitarbeiterin des Finanz- und Rechnungswesens unter Einbeziehung eines Mitarbeiters im Finanz- und Rechnungswesen des Gebäudemanagements und diverser technischer Hilfsmittel, z. B. Break-Even-Point-Berechnungen auf Excel-Basis sowie der beratenden HeLaBa überwacht. Sobald das Erreichen des Break-Even-Points erkennbar wird, wird entsprechend den Vorgaben des Portfoliobeirats ein Gegengeschäft – üblicherweise in Form einer Festzinsvereinbarung – abgeschlossen.

Die Kontrolle der Geschäfte erfolgt durch die Betriebsleitung.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Es sollen keine Derivatgeschäfte abgeschlossen werden, die nicht der Risikoabsicherung dienen. Derivatgeschäfte dürfen je Darlehen nur innerhalb festgelegter Zinskorridore abgeschlossen werden. Die Festlegung des Zinskorridors erfolgt durch den Portfoliobeirat. Danach werden die im Portfoliobeirat beschlossenen Geschäfte dem Kreisausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Ja, Regelungen im Zusammenhang mit dem Portfoliomanagement sind in der "Dienstweisung für das Portfoliomanagement des Landkreis Darmstadt-Dieburg und der Eigenbetriebe" zusammengestellt. Hierin sind beispielsweise die Zusammensetzung des Portfoliobeirats, Zuständigkeiten sowie Kontroll- und Informationspflichten festgelegt.

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Ja, im Rahmen der regelmäßigen Sitzungen des Portfoliobeirats.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Derzeit ist beim Eigenbetrieb Da-Di-Werk keine eigene Innenrevision eingerichtet. Entsprechende Aufgaben werden vom Fachbereich Revision des Landkreises Darmstadt-Dieburg wahrgenommen. Zwei Mitarbeiterinnen des Fachbereichs Revision sind dauerhaft beim Betriebszweig Gebäudemanagement für Prüfungsaufgaben eingesetzt.

b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Der Fachbereich Revision ist vom Eigenbetrieb Da-Di-Werk unabhängig.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Im Berichtsjahr fand beim Eigenbetrieb Da-Di-Werk eine Kassenprüfung im Sinne des § 28 der Gemeindekassenverordnung (GemKVO) durch den Fachbereich Revision des Landkreises Darmstadt-Dieburg statt. Des Weiteren gab es eine technische Prüfung durch den Fachbereich Revision im Hinblick auf die Einhaltung der Vergaberichtlinien des Landkreises. Berichte liegen vor und werden der Betriebskommission vorgelegt.

d) Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Nein.

e) Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Bemerkenswerte Mängel wurden nicht festgestellt.

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Die Umsetzungskontrolle durch den Fachbereich Revision erfolgt regelmäßig im Rahmen von Folgeprüfungen.

Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungstätigkeit

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass in Fällen zustimmungspflichtiger Rechtsgeschäfte und Maßnahmen die vorherige Zustimmung der Betriebskommission bzw. des Kreisausschusses oder des Kreistages nicht eingeholt wurde.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Auskunftsgemäß wurden keine weiteren Kredite an Mitglieder der Betriebsleitung oder der Betriebskommission gewährt; gegenteilige Feststellungen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht getroffen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Hinweise auf das Vorliegen entsprechender Maßnahmen haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Hierzu haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken wird bei allen Investitionen im Rahmen der Maßnahmenplanung und Aufstellung des Wirtschaftsplanes durchgeführt. Die Prüfung der Rentabilität und Wirtschaftlichkeit von Investitionen ist vor dem Hintergrund der erforderlichen Investitionen im Bereich der Daseinsvorsorge (Umweltmanagement) zu sehen. Im Betriebszweig Gebäudemanagement wurde die hohe Investitions- und Sanierungstätigkeit durch das vom Kreistag beschlossene Schulbauprogramm des Landkreises ausgelöst.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Nach unseren Feststellungen erfolgt grundsätzlich eine Überwachung in technischer und kaufmännischer Hinsicht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei einzelnen Maßnahmen ist es gegenüber der Planung zu Mehr- bzw. Minderkosten gekommen. Es wird auf die laufende zeitnahe Berichterstattung über den Projektlauf in der Betriebskommission verwiesen. Gegebenenfalls erfolgt bei gravierenden Änderungen eine Fortschreibung im Rahmen eines Nachtragswirtschaftsplans.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Uns liegen keine derartigen Erkenntnisse vor.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine eigenen Feststellungen hinsichtlich eindeutiger Verstöße gegen Vergaberegelungen getroffen.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich diesbezüglich keine gegenteiligen Anhaltspunkte ergeben.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Nach unseren Feststellungen erstattet die Betriebsleitung der Betriebskommission regelmäßig Bericht. Der Betriebskommission wurden der Jahresbericht zum Ende des Vorjahres sowie die Zwischenberichte zum 31. März, zum 30. Juni und zum 30. September des laufenden Wirtschaftsjahres vorgelegt. Weiterhin werden quartalsweise Projektstatusberichte vorgelegt.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es liegen uns keine gegenteiligen Erkenntnisse vor.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Betriebskommission wird nach unseren Erkenntnissen zeitnah und angemessen informiert. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine ungewöhnlichen Geschäftsvorfälle, Fehldispositionen oder Ähnliches festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Üblicherweise werden derartige Wünsche in den Betriebskommissionssitzungen formlos geäußert und durch die Betriebsleitung beantwortet. Berichte auf besonderen Wunsch wurden im Berichtsjahr nicht erstattet.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es liegen uns keine derartigen Erkenntnisse vor.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung besteht nicht. Versicherungsschutz ist für die Mitarbeiter über den GVV-Kommunalversicherung VVaG gegeben.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden auskunftsgemäß keine Interessenkonflikte gemeldet. Gegenteilige Feststellungen haben wir bei Durchführung unserer Prüfung nicht getroffen.

Vermögens- und Finanzlage

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht im wesentlichen Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich dafür keine Hinweise.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Bestände sind weder auffallend hoch noch auffallend niedrig.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Nein

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Hinsichtlich der Kapitalstruktur verweisen wir auf die Ausführungen zur Vermögenslage im Hauptteil dieses Prüfungsberichts (Blatt 18 ff.). Die zum Bilanzstichtag bestehenden Investitionsverpflichtungen sollen über langfristige Bankdarlehen finanziert werden.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, da kein Konzern besteht.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Im Jahr 2017 hat der Betriebszweig Gebäudemanagement Zuschüsse aus einem Förderprogramm des Landes Hessen zur Förderung von energetischen Sanierungen (Kommunalrichtlinie) in Höhe von TEUR 1.517 erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Nein, die Kreditwürdigkeit ist durch die Gebietskörperschaft sichergestellt.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Das Berichtsjahr schließt mit einem Jahresgewinn ab. Gemäß Gewinnverwendungsvorschlag der Betriebsleitung soll der Jahresgewinn in Höhe von EUR 515.479,35, soweit er nach einer bereits unterjährig vorgenommenen Vorabausschüttung an den Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Eigenkapitalverzinsung in Höhe von EUR 107.700,00 verbleibt, in Höhe von EUR 51.736,81 der Rücklage für den gewerblichen Bereich des Umweltmanagements und in Höhe von EUR 356.042,54 der allgemeinen Rücklage im hoheitlichen Bereich zugeführt werden. Diese Ergebnisverwendung ist mit der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebes vereinbar.

Ertragslage

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Hierzu verweisen wir auf die als Anlage 6 beigefügte Erfolgsübersicht.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Geschäftsjahr 2017 ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt. Die in den Erläuterungen zur Ertragslage im Hauptteil dieses Prüfungsberichts innerhalb des neutralen Ergebnisses gezeigten periodenfremden Aufwendungen und Erträge sind dem frühen Buchungsschluss geschuldet und sind vom Grundsatz her als wiederkehrend anzusehen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Der Eigenbetrieb ist nicht zur Zahlung einer Konzessionsabgabe verpflichtet.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Einzelne verlustbringende Geschäfte mit Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt; im Berichtsjahr ist kein Fehlbetrag eingetreten.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Möglichkeiten zur Reduzierung der laufenden Aufwendungen werden ständig untersucht.

